

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1977

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976

- 1 Anhaltende Trockenheit im Frühjahr und Hochsommer brachte den Feldfrüchten und Futterpflanzen äußerst schwierige Wachstumsbedingungen, die bei nahezu allen Arten zu erheblichen Ertragseinbußen führten.

Volkshochschulen 1975

- 8 In zunehmendem Maße interessieren sich Frauen für Weiterbildungsangebote der Volkshochschulen. Ihr Anteil an der Hörerschaft in Kursen und Seminaren wächst ständig.

Strafvollzug 1975/76

- 12 Die neun Justizvollzugsanstalten des Landes registrierten 1975 rund 20 600 Zugänge und eine fast gleiche Zahl von Abgängen. Damit liegen diese siebenmal höher als die rechnerisch ermittelte Jahresdurchschnittsbelegung (2 781). Dies zeigt eine durch die Masse der Fälle mit geringer Strafverbüßungszeit beachtliche Fluktuation.

Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975

- 15 Ähnlich wie schon 1974, als für den sozialen Wohnungsbau eine hohe Zuwachsrate bei den Bewilligungen ermittelt werden konnte, führte auch 1975 die gestiegene Zahl der Bewilligungen dazu, daß das Auftragsvolumen im gesamten Wohnungsbau in etwas geringerem Maße schrumpfte.

Wohngeld 1973 - 1975

- 20 Ganz überwiegend infolge der Auswirkungen des Zweiten Wohngeldgesetzes, das am 1. Januar 1974 in Kraft getreten ist, erhöhte sich im untersuchten Zeitraum von 1973 bis 1975 die Zahl der Wohngeldempfänger um vier Zehntel; die ausgezahlten Wohngeldbeträge stiegen um mehr als die Hälfte an.

Anhang

1* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz

7* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Absender: _____

Bitte
mit 40 Pf
freimachen

An das
Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz
— Vertrieb —
Mainzer Straße 15 / 16

5427 BAD EMS

Ein Grund mehr, den 29. Jahrgang der Statistischen Monatshefte binden zu lassen:

Die neue Einbanddecke 1976 ist schöner und billiger.

Wir liefern Ihnen auf Wunsch zum Selbstkostenpreis die Einbanddecke für den Jahrgang 1976 als flexiblen Kunststoffeinband, wenn Sie uns diese Karte mit Ihrer Adresse zurückschicken.

Ich bestelle Einbanddecken für die Statistischen Monatshefte 29. Jahrgang zum Preis von DM 5,-

Die fortlaufende Lieferung bis auf Widerruf ist erwünscht

ja

nein

Datum

Stempel und Unterschrift

Erhebliche Ernteausfälle durch Trockenheit

Nach kurzen Frostperioden war die Witterung des Jahres 1976 in Rheinland-Pfalz durch eine außergewöhnliche Trockenheit gekennzeichnet, die bereits im zeitigen Frühjahr begann. Von Mitte Februar bis zum Beginn der dritten Julidekade blieben die Niederschläge ganz erheblich im Defizit. Hinzu kam, daß im April noch häufig Nachtfröste, in der ersten Maihälfte dagegen bereits verbreitet sommerliche Temperaturen auftraten. Einige Niederschläge Ende Mai und Anfang Juni brachten nur vorübergehend eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen, weil unmittelbar danach erneut intensive Sonneneinstrahlung und lebhafte Luftströmungen einsetzten. Vom Ende der ersten Juniwoche an bis Mitte Juli fiel in Rheinland-Pfalz, abgesehen von örtlichen Gewitterregen, kein nennenswerter Niederschlag. Dabei lagen die Tageshöchsttemperaturen von der vierten Juniwoche bis Ende der zweiten Julidekade verbreitet über 30° C. Die anhaltende Trockenheit in Verbindung mit der großen Hitze führte weitgehend zum Wachstumsstillstand bei nahezu allen Feldfrüchten und zur völligen Austrocknung der Futterflächen. Besonders betroffen waren die Höhengebiete der Eifel, des Hunsrück, der Westpfalz und des Westerwaldes. Ende Juli und vor allem ab Ende August normalisierten sich die Wachstumsverhältnisse infolge einiger Niederschläge und einer merklichen Abkühlung. Die überwiegend milde und feuchte Witterung setzte sich bis Ende November fort und bewirkte bei den Hackfrüchten und Futterpflanzen noch einen merklichen Ertragszuwachs.

Infolge der extremen Wetterverhältnisse blieb die Getreideernte 1976 um 30% unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1970/75. Im Landesdurchschnitt lag der Hektarertrag des Hafer um 47%, der von Sommergerste um 32% unter dem mehrjährigen Mittel. In einzelnen Gebieten sind noch höhere Verluste eingetreten. Bei Kartoffeln fielen die Hektarerträge um 28% geringer als im Sechsjahresdurchschnitt aus. In Verbindung mit Flächeneinschränkungen errechnete sich mit rund 603 000 t die bisher geringste Kartoffelernte in Rheinland-Pfalz. Die Ertragsausfälle im Vergleich zum Sechsjahresdurchschnitt betrugen bei den Zuckerrüben 12%, den Runkelrüben 30% und der Rauhfutterernte 32%. Ein Ausgleich für die erheblichen Ausfälle auf dem Futtersektor konnte durch einen erweiterten Anbau von Zwischenfrüchten und durch eine Nutzung des Grünlandes bis in den Spätherbst nur zum Teil erreicht werden. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 1

Ausweitung der Rinder- und Schweinebestände

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Allgemeinen Viehzählung vom 3. Dezember 1976 wurden in Rheinland-Pfalz rund 708 000 Rinder ermittelt. Das sind 4,9% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Besonders erwähnenswert sind dabei vor allem die höheren Bestände bei Milchkühen (+ 3,7%) und Kälbern (+ 12%), bei weiblichen Nutz- und Zuchttieren zwischen einem halben und einem Jahr (+ 5,6%) sowie denen zwischen einem und zwei Jahren (+ 7,7%), die auf eine neuerliche Ausweitung der Rindviehhaltung hindeuten. Der Trend zu größeren Haltungen setzte sich fort, da sich die Zahl der Betriebe mit Rindern im gleichen Zeitraum um weitere 3,5% auf rund 39 500 verringert hat.

Gleichzeitig wurden insgesamt 708 000 Schweine (+ 4,6%) gezählt. Damit hat sich die bereits bei den Zählungen im April und August vorauszusehende Ausweitung der Schweinebestände weitgehend bestätigt. Vor allem bei den Mastschweinen standen mit 242 000 rund 8% mehr in den Ställen als vor Jahresfrist. Auch die Zahl der Zuchtsauen insgesamt (80 000) und der trächtigen Sauen (50 000) lag um 10 bzw. 5,5% höher als im Dezember 1975. Bei den Schweinehaltungen zeigte sich mit einer Abnahme um 3,7% auf 44 200 eine im fast gleichen Maße rückläufige Entwicklung wie bei den Betrieben mit Rindern. rö

Volkshochschulen 1975

Die Kurse, Lehrgänge, Seminare und Vorträge der 535 Volkshochschuleinrichtungen in Rheinland-Pfalz wurden 1975 von nahezu 570 000 Hörern besucht. In den 10 546 durchgeführten längerfristigen Lehrveranstaltungen, das sind 2 200 mehr als 1971, wurden rund 216 100 Hörer registriert, etwa 30 000 mehr als 1971. Die Zahl der Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen ist dagegen im Sinken begriffen. Zu den 4 672 Veranstaltungen dieser Art kamen 353 700 Interessenten, fast 30 000 weniger als vier Jahre zuvor.

Bei den längerfristigen Veranstaltungen bilden die Sprachkurse nach wie vor den Schwerpunkt in der Arbeit der Volkshochschulen. Sie machten fast ein Drittel der durchgeführten Lehrgänge aus und wurden von einem Viertel der Hörer aller Kurse frequentiert. Auf wachsendes Interesse und damit steigende Hörerzahlen stießen auch die Kurse zum Themenbereich Gesundheits- und Körperpflege (12,8% der Hörer), manuelles und musisches Arbeiten (11,6%) sowie Verwaltung und kaufmännische Praxis (11,0%). Bei den Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen waren über ein Drittel aller Besucher zu Vorträgen aus dem Bereich der Kunst, mehr als ein Fünftel zu Themen über Länder-, Heimat- und Naturkunde gekommen.

Bei den Interessenten für die Kurse der Volkshochschulen hat sich eine Verlagerung ergeben. Der Anteil der Frauen, der schon seit Jahren angestiegen ist, lag 1975 bei 61,5% aller Hörer in den längerfristigen Lehrveranstaltungen (1970: 54,6%). Vor allem an den Kursen über Mathematik, Naturwissenschaften und Technik, über Sprachen und an den Vorbereitungskursen auf Schulabschlüsse nehmen Frauen in zunehmendem Maße teil. Eine Verschiebung zeichnet sich auch in der Altersstruktur der Hörer ab. Während der Anteil der unter 25jährigen sinkt, kommen zunehmend Hörer aus der Gruppe der 25- bis 50jährigen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 8

In eigener Sache

Durch Steigerung der Herstellungskosten sind wir leider gezwungen, für die Statistischen Monatshefte ab Januar 1977 einen etwas höheren Preis zu verlangen. Wir bitten um Ihr Verständnis, daß der Preis der Statistischen Monatshefte künftig für das Jahresabonnement 28,— DM und für das Einzelheft 2,80 DM beträgt. ge

kurz + aktuell

Zuwachs der Industrieproduktion im November 1976 verlangsamt

Gemessen am vorläufigen, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex für November 1976 stieg die rheinland-pfälzische Industrieproduktion sowohl gegenüber dem Vormonat (+ 3,7%) als auch gegenüber November 1975 (+ 4,3%) weiter an, wobei jedoch die Expansion der vorhergehenden Monate nicht mehr erzielt wurde.

Im Vergleich zu Oktober 1976 waren bei den Nahrungs- und Genußmittel- (+ 8,8%) sowie den Verbrauchsgüterindustrien (+ 6,1%) vergleichsweise starke Wachstumstendenzen zu verzeichnen. Auch gegenüber November 1975 wurden für die gleichen Bereiche jeweils überproportionale Steigerungen festgestellt (+ 20,2 bzw. + 7,3%), während die Investitionsgüterherstellung mit — 0,9% unter den Industriehauptgruppen an letzter Stelle lag. Bei letzterem Sektor war indessen die Entwicklung von 1974 auf 1975 infolge der vorjährigen außerordentlich günstigen Lage im Straßenfahrzeugbau relativ günstig verlaufen.

Von Januar bis November war gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Produktionssteigerung der Industrie um 10,5% zu registrieren (1975: — 7,2%). Unter den Industriezweigen zeigten insbesondere die Chemie (+ 15,8%) sowie der Nahrungs- und Genußmittelsektor (+ 12,8%) überdurchschnittliche Zuwachsraten, wogegen die Erhöhung bei Steinen und Erden (+ 8,1%) sowie dem Maschinenbau (+ 5,4%) unterproportional verlief. Die Schuhproduktion stagnierte. pe

Mehr Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Im Jahre 1975 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg auf insgesamt 7 496. Das sind 5,3% mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der geförderten Wohnungen des traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus (1. Förderungsweg) verminderte sich um 13% auf 4 513, während im 2. Förderungsweg eine Steigerung um 56% auf 2 983 zu beobachten war; von letzteren wurden 2 957 Wohnungen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes bewilligt. Die Zahl der bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entwickelte sich im Jahre 1975 rückläufig, andererseits ergab sich in Ein- und Zweifamilienhäusern wiederum eine kräftige Zunahme um 1 023 auf 3 762.

Von 1973 bis 1975 betraf fast die Hälfte der Bewilligungen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen insgesamt verzeichnete in diesem Zeitraum einen kontinuierlichen Anstieg, und zwar von 80,3 qm auf 93,4 qm. Die zweckgebundenen Wohnungen waren vorwiegend für kinderreiche Familien vorgesehen. Die veranschlagten Finanzierungsmittel des 1. und 2. Förderungsweges beliefen sich 1975 auf insgesamt 1,1 Mrd. DM gegenüber 1,0 Mrd. DM und 603 Mill. DM in den beiden davorliegenden Jahren. Seit 1973 lässt sich ein deutliches Absinken des Anteils der von der öffentlichen Hand bereitgestellten Beträge beobachten, während besonders die sonstigen Mittel an Bedeutung gewannen. Von 1973 bis 1975 stiegen die reinen Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern um 19% auf 141 000 DM und in Mehrfamilienhäusern um ebenfalls 19% auf 68 400 DM. Im gleichen

Zeitraum erhöhten sich die Mieten für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (1. Förderungsweg) je qm Wohnfläche von 3,93 DM auf 4,11 DM und im 2. Förderungsweg von 5,65 DM auf 6,20 DM. Die durchschnittliche Belastung der Bauherren und Erwerber von Eigentumswohnungen und eigengenutzten Wohnungen in Familienheimen (1. Förderungsweg) nahm von 1973 bis 1975 je qm Wohnfläche von 3,77 DM auf 4,92 DM zu; im 2. Förderungsweg ergab sich eine durchschnittliche Verteuerung von 4,88 DM auf 5,56 DM. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 15

Zahl der Wohngeldempfänger von 1973 bis 1975 um fast 40% gestiegen

Ende 1975 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 68 292 Empfänger von Wohngeld; von ihnen erhielten 63 231 Mietzuschüsse (92,6%) und 5 061 (7,4%) Lastenzuschüsse. Die Zahl der Wohngeldempfänger erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 1974 um 4,3%. Von 1973, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des Zweiten Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 14. Dezember 1974, bis 1975 ergab sich ein Anstieg der Wohngeldempfänger um 19 007 oder 39%, wobei die Mietzuschußempfänger um 16 908 oder 37% und die Lastenzuschußempfänger um 2 099 oder 71% zunahmen. Von den rheinland-pfälzischen Wohnungsinhabern bezogen Ende 1973 erst 3,7% Wohngeld, die Quote erhöhte sich bis Ende 1975 auf 5,0%.

Die ausgezahlten Wohngeldbeträge beliefen sich 1975 auf 66,1 Mill. DM, das sind 11,5% mehr als im Jahr zuvor. 58,7 Mill. DM waren Mietzuschüsse und 7,4 Mill. DM Lastenzuschüsse. Die ausgezahlten Wohngeldbeträge stiegen von 1973 bis 1975 um 22,6 Mill. DM oder 52%; sie nahmen somit stärker zu als die Zahl der Wohngeldempfänger. Unter den Mietzuschußempfängern dominieren die Rentner und Pensionäre, deren Quote von 77% im Jahre 1973 allerdings auf 72% in den beiden darauffolgenden Jahren sank. Verfügten Ende 1973 rund 11% der Mietzuschußempfänger über ein monatliches Familieneinkommen von mehr als 800 DM, so stieg deren Quote im folgenden Jahr auf 13%, um Ende 1975 geringfügig auf 12% abzufallen. Bei den Lastenzuschußempfängern bilden die Arbeiter die stärkste Gruppe, deren Anteil sich von 1973 bis 1975 zwischen 47 und 44% bewegte. Ende 1975 lebten sieben Zehntel der Wohngeldempfänger in Neubauwohnungen. Von den Lastenzuschußempfängern besaßen mehr als zwei Drittel eine Wohnung mit Sammelheizung sowie Bad oder Duschraum, von den Mietzuschußempfängern nur reichlich zwei Fünftel.

Unter den Beziehern von Mietzuschüssen dominierten die Haushalte mit einer oder zwei Personen; ihr Anteil lag 1973 bei acht Zehntel und veränderte sich in den beiden folgenden Jahren kaum. Hingegen erreichten von 1973 bis 1975 bei den Beziehern von Lastenzuschüssen die Haushalte mit vier bzw. fünf Personen die höchsten Quoten, welche jeweils rund ein Fünftel ausmachten.

Von 1973 bis 1975 erhöhte sich der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 57 auf 70 DM. Für Haushalte mit Anspruch auf Mietzuschuß ergab sich eine Steigerung um 13 auf 69 DM, für solche mit Anspruch auf Lastenzuschuß um 23 auf 93 DM. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 20

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976

Der Winter 1975/76 brachte Ende November und Anfang Dezember zunächst ergiebige Niederschläge und im weiteren Verlauf zwei kurze Frostperioden mit Tiefsttemperaturen um -20°C . Im übrigen herrschte ruhiges und trockenes Winterwetter mit Temperaturen, die in der Regel um den Gefrierpunkt lagen. Mitte Februar setzte sich Hochdruckeinfluß durch, der eine lange Trockenperiode einleitete und abgesehen von kurzen Unterbrechungen bis zum Beginn der dritten Julidekade anhielt. Bei Luftströmungen aus nördlichen Richtungen gestaltete sich die Witterung bis Ende März zunächst spätwinterlich mit häufigen leichten, verschiedentlich auch stärkeren Nachtfrösten. Intensive Sonneneinstrahlung und lebhafte Luftströmungen hatten bereits zur Zeit der Frühjahrsbestellung bis Ende März auf den meisten Ackerböden eine merkliche Trockenheit verursacht. Ende März und Anfang April stiegen die Temperaturen vorübergehend an, so daß das allgemeine Wachstum beginnen konnte. Mitte und Ende April wurde die Vegetation jedoch weiter durch Trockenheit und Nachtfröste gehemmt. Leichte Niederschläge fielen lediglich zu Beginn und Ende des Monats.

Bereits im Frühsommer akute Trockenheit

Bei Luftströmungen aus südlichen Richtungen waren bereits Ende der ersten Maidekade Temperaturen um 30°C zu verzeichnen. Nach einer kurzen Abkühlung und leichten Niederschlägen setzte Mitte Mai wiederum sommerliches Wetter ein, das Ende des Monats vorübergehend durch atlantische Störungen unterbrochen wurde. Erstmals seit Mitte Februar fielen auch nennenswerte Niederschläge. Bereits Mitte der ersten Junidekade setzte sich

erneut kräftiger Hochdruckeinfluß mit lebhaften Winden aus Nordost durch und bewirkte eine sehr beständige hochsommerliche Wetterlage. Die Feuchtigkeit in den oberen Bodenschichten war nach wenigen Tagen vertrocknet. Die Tageshöchsttemperaturen bewegten sich zunächst zwischen 27 und 30°C , vom Beginn der letzten Juni- bis Ende der zweiten Julidekade jedoch verbreitet über 30, vielfach sogar über 33°C . In den Niederungen stiegen die Temperaturen verschiedentlich auch auf Werte über 35°C an. Nennenswerte Niederschläge fielen während dieser Zeit nicht. Einzelne Gewitterschauer in der zweiten Julidekade blieben örtlich begrenzt und wenig ergiebig. Infolge der anhaltend sehr hohen Temperaturen in Verbindung mit lebhaften Luftströmungen und einer extrem niedrigen Luftfeuchtigkeit verschärfte sich die Trockenheit im ganzen Land bis zu einem Ausmaß, wie es seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden war. Ausgetrocknete Grünlandflächen, vorzeitige Getreidereife, vertrocknete Sträucher und Bäume, extrem niedrige Wasserstände in den Flüssen sowie Schwierigkeiten in der Trinkwasserversorgung einiger Gemeinden waren die äußeren Zeichen dieser außergewöhnlichen Wetterlage. Am stärksten betroffen waren die Höhengebiete der westlichen Landesteile.

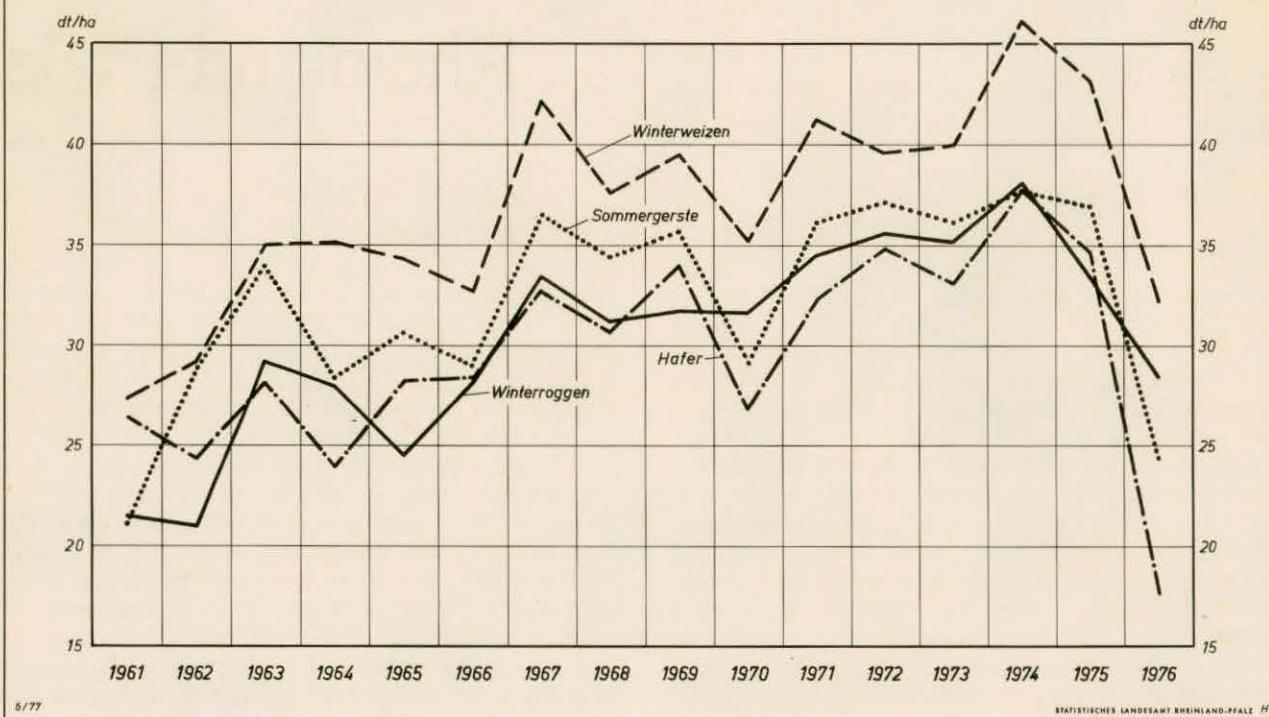
Zu Beginn der dritten Julidekade beendeten Luftzufuhren aus Nordwest die Hitze- und Trockenperiode mit einem Temperatursturz von etwa 20°C und einer zunächst lebhaften Schauertätigkeit. Ende Juli/Anfang August zeigte sich auf den meisten Wiesen und Weiden wieder Wachstum. Da Ende der ersten Augustwoche erneut sommerliches Wetter einsetzte, machte das allgemeine Wachstum jedoch

Witterung 1970/75 (Sechsjahresdurchschnitt), 1975 und 1976

Monat	Niederschlagsmenge			Tage mit mindestens 1 mm Niederschlag			Durchschnittstemperatur			Sonnenschein			Bewölkung		
	\varnothing 1970/75	1975	1976	\varnothing 1970/75	1975	1976	\varnothing 1970/75	1975	1976	\varnothing 1970/75	1975	1976	\varnothing 1970/75	1975	1976
Januar	49	71	86	11	14	16	1,2	4,9	2,7	36	37	35	6,9	6,8	6,8
Februar	52	20	30	9	4	5	2,2	2,6	1,8	70	145	56	6,2	3,8	6,2
März	47	75	30	9	14	5	4,2	4,0	2,9	109	76	164	5,8	6,6	4,4
April	51	57	21	10	11	4	7,7	7,7	7,9	148	124	229	5,4	5,7	3,6
Mai	69	36	29	11	8	7	12,6	12,0	13,8	178	206	245	5,7	5,3	4,6
Juni	70	59	17	10	10	2	15,5	15,4	19,4	198	193	295	5,3	5,3	3,4
Juli	68	71	68	10	9	8	17,5	18,8	20,5	214	260	238	5,1	4,6	4,5
August	58	66	18	9	8	5	17,9	19,6	17,6	220	252	246	4,6	3,8	4,0
September	48	73	55	8	10	10	13,7	15,6	13,3	163	139	116	4,8	5,2	5,8
Oktober	62	21	54	10	6	8	8,0	7,7	10,3	110	84	98	5,6	6,1	5,0
November	81	76	.	13	12	.	4,7	3,9	.	48	54	.	6,6	6,2	.
Dezember	50	22	.	9	4	.	1,9	1,0	.	39	38	.	6,7	6,5	.

Durchschnitte errechnet nach den Messungen des Wetteramtes Trier in den Stationen Neustadt a.d. Weinstraße, Bad Kreuznach, Trier-Stadt, Deuselbach, Koblenz, Bad Marienberg und Manderscheid. - 1) Gemessen in Zehntel der Himmelsfläche.

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten 1961-1976



nur geringe Fortschritte. Eine Normalisierung der Wachstumsbedingungen trat erst Ende August allmählich ein, als eine veränderliche Witterung länger anhaltende Abkühlung und ergiebige Regenfälle brachte. Mitte September wurde eine feucht-warme Wetterperiode eingeleitet, die das Wachstum aller Kulturpflanzen kräftig anregte und im wesentlichen bis Ende November anhielt. Insbesondere in der dritten Septemberdekade und in der ersten Oktoberhälfte erreichten die Temperaturen bei längerer Sonnenscheindauer nochmals sommerliche Werte. Die ersten Nachtfröste traten zu Beginn der dritten Novemberdekade auf. Polare Kaltluftströmungen, die Ende der ersten Dezemberdekade das Gebiet von Rheinland-Pfalz erreichten, bewirkten endgültig die Vegetationsruhe in der Natur und winterliche Witterung. Obwohl von Anfang September bis Mitte Dezember verschiedentlich ergiebige Niederschläge gefallen sind, ist das Feuchtigkeitsdefizit von Frühjahr und Sommer bei weitem noch nicht ausgeglichen.

Abschließend kann festgestellt werden, daß durch die Trockenheit vom zeitigen Frühjahr bis Ende der zweiten Julidekade das Pflanzenwachstum in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz ganz erheblich beeinträchtigt worden ist. Da auch im Spätwinter und im Frühjahr keine nennenswerten Niederschläge mehr gefallen waren, wirkte sich die Trockenheit im Sommer wesentlich stärker aus, als es in den Jahren 1964, 1959 und 1947 der Fall war. Damals konnten die Kulturpflanzen zunächst noch von der Winterfeuchtigkeit und den Niederschlägen im Frühjahr zehren, so daß sich die negativen Auswirkungen hauptsächlich erst im Spätsommer zeigten, als das Wachstum der meisten Kulturpflanzen

ohnehin weitgehend abgeschlossen war. Die günstige Witterung ab September hat jedoch im letzten Herbst die Vegetation noch kräftig belebt.

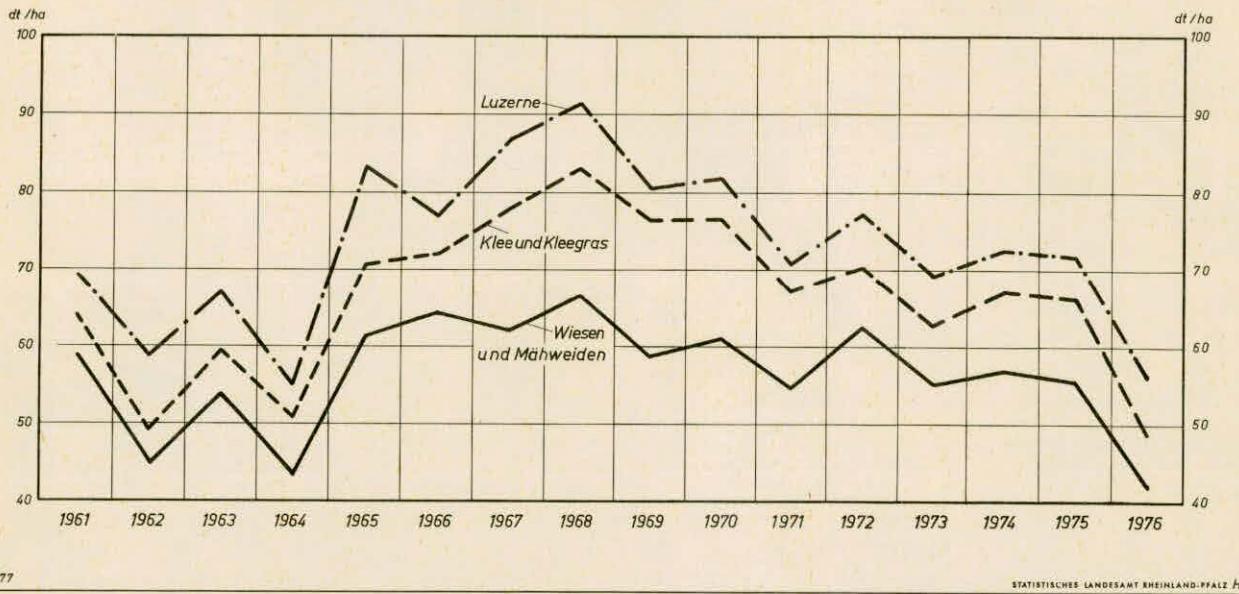
Erhebliche Ernteverluste bei Getreide

Im Herbst 1975 konnten bei der Aussaat des Wintergetreides im Gegensatz zum Jahr vorher alle Anbauvorhaben verwirklicht werden. Die Fläche des Wintergetreides hat sich dadurch wieder vergrößert, während im Frühjahr 1976 der Anbau von Sommergetreide entsprechend reduziert wurde. Obwohl zweimal Temperaturen um -20°C sowie Ende Februar und Anfang März verschiedentlich Frostwechseltage auftraten, sind im letzten Winter keine nennenswerten Auswinterungsschäden entstanden.

Infoges der bereits im April herrschenden Trockenheit und der teilweise niedrigen Temperaturen konnte sich das Wintergetreide nur wenig bestocken. Die Aussaat des Sommergetreides erfolgte zwar rechtzeitig Ende März und Anfang April, die weitere Entwicklung wurde jedoch in den meisten Gebieten stark gehemmt. Insbesondere während des Schossens fehlte den Getreidepflanzen Feuchtigkeit, so daß sie vor allem in höheren Lagen und auf leichten Böden sehr kurz und die Ähren vielfach unterentwickelt blieben. Lediglich auf guten Böden machte das Wintergetreide noch einen zufriedenstellenden Eindruck.

Da unmittelbar nach den Niederschlägen Ende Mai und Anfang Juni wiederum starke Sonneneinstrahlung und lebhafte Luftbewegungen einsetzten, trockneten die Ackerböden wieder schnell aus. Als zu Beginn der dritten Junidekade Hitzegrade und

Hektarerträge von Rauhfutter 1961-1976



5/77

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Trockenheit weiter zunahmen, wurde in weiten Gebieten von Rheinland-Pfalz das Getreide notreif. Betroffen waren insbesondere die Gebiete der Eifel, des Hunsrück, der Westpfalz und des Westerwaldes; von den Getreidearten vor allem die Sommerfrucht und der Winterweizen. Aber auch in den übrigen Gebieten und bei den anderen Getreidearten waren deutliche Schäden zu erkennen.

Die erste Wintergerste wurde Mitte der dritten Julidekade und damit gut zwei Wochen früher als in Normaljahren geerntet. Anfang Juli folgten in den klimatisch begünstigten Gebieten Sommergerste und Winterweizen. Ende der zweiten Julidekade war in Rheinland-Pfalz das gesamte Getreide druschreib. Infolge der dann einsetzenden kühlen und regnerischen Witterung trat in den Höhengebieten zunächst eine Verzögerung ein. Nach einer Wetterbesserung konnten hier Anfang August die Erntearbeiten verbreitet aufgenommen und bis Mitte des Monats im wesentlichen abgeschlossen werden.

Wie die Ergebnisse der diesjährigen Ermittlungen zeigen, zählt Rheinland-Pfalz zu den von der außergewöhnlichen Hitze- und Dürreperiode dieses Sommers am stärksten betroffenen Regionen des Bundesgebietes. Insgesamt wurden nur rund 970 000 t Getreide eingebbracht, das sind 32% weniger als im Vorjahr und 30% weniger als im Sechsjahresdurchschnitt 1970/75. Trockenheitsbedingte Ernteausfälle von erheblichem Ausmaße sind zwar auch in allen anderen Bundesländern eingetreten, jedoch erreichten sie nicht die hier verzeichneten Ausfallquoten.

Für alle Getreidearten zusammen errechnete sich für Rheinland-Pfalz ein Hektarertrag von 26,4 dt gegenüber 38,2 dt im Vorjahr und 36,9 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Seit etwa eineinhalb Jahr-

zehnten wurden damit die geringsten Hektarerträge verzeichnet, wobei zu berücksichtigen ist, daß damals das allgemeine Ertragsniveau wesentlich niedriger lag als heute. Erhebliche Ernteausfälle zeigten sich zwar bei allen Getreidearten, am stärksten war jedoch das Sommergetreide betroffen. Ausfallquoten von etwa 18 bis 21% bei den Wintergetreidearten standen Verluste von 47% bei Hafer, 34% bei Sommerroggen, 33% bei Sommerweizen, 32% bei Sommergerste und 46% bei Sommermenggetreide gegenüber. Da auch die Anbaufläche des Hafers reduziert wurde, blieb die Erntemenge von rund 101 000 t sogar um 55% unter dem Ergebnis im mehrjährigen Mittel. Infolge einer kräftigen Anbauausweitung lieferte die Wintergerste mit 97 000 t eine etwas größere Erntemenge als in den Vergleichsjahren.

Die Qualität des Brotgetreides fiel dagegen hervorragend aus. Unter den Bundesländern lag die Weizenernte von Rheinland-Pfalz in dieser Hinsicht eindeutig an der Spitze und weist vielfach Hartweizenqualität auf. Im Durchschnitt aller Winterweizensorten wurde ein Proteingehalt von 14,7% in der Trockenmasse (1975: 12%) und ein Sedimentationswert von 46 gegenüber 26 im Vorjahr festgestellt.

Die Ölfruchternte blieb infolge geringerer Hektarerträge und einer deutlichen Reduzierung der Anbaufläche mit rund 4 800 t ebenfalls erheblich unter der vorjährigen Menge. Der Hektarertrag stellte sich auf 15,9 dt gegenüber 20,5 dt im Vorjahr und 23,6 dt im mehrjährigen Mittel. Ähnliche Ertragsverhältnisse wurden auch für die Hülsenfrüchte festgestellt, deren Erntemenge 1 600 t gegenüber 2 800 t im letzten Jahre betrug. Die weit aus größte Menge entfiel bei den Ölfrüchten auf Winterraps und bei den Hülsenfrüchten auf Ackerbohnen.

Hektarerträge von ausgewählten Feldfrüchten und Futterpflanzen in den

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Winterweizen			Sommerweizen			Winterroggen			Wintergerste		
		Ø 1970/75	1975	1976									
		dt./ha											
1	Kreisfreie Stadt Koblenz	41,9	43,5	33,2	37,7	36,3	24,6	36,1	32,5	28,7	40,7	39,0	35,5
	Landkreise												
2	Ahrweiler	43,4	49,3	38,9	39,2	43,0	28,6	35,2	33,2	32,0	44,0	47,4	41,5
3	Altenkirchen (Ww.)	37,1	37,0	33,0	34,6	34,3	21,0	31,0	28,2	27,6	36,8	33,5	28,7
4	Bad Kreuznach	40,8	43,0	28,5	37,0	37,7	22,8	32,8	31,8	26,3	40,5	42,1	29,2
5	Birkenfeld	37,5	38,5	26,0	35,2	38,2	20,3	31,1	30,6	21,9	37,0	38,9	25,7
6	Cochem-Zell	39,5	41,1	30,6	36,1	32,4	17,6	34,3	32,5	26,0	38,9	40,5	29,5
7	Mayen-Koblenz	43,0	46,3	33,9	40,5	38,7	22,3	36,8	35,8	27,3	45,0	45,4	37,0
8	Neuwied	39,2	38,8	33,6	36,8	37,6	27,4	33,3	31,6	33,3	38,6	38,2	34,5
9	Rhein-Hunsrück-Kreis	40,5	41,1	33,8	34,6	35,5	20,8	32,0	27,9	24,5	38,3	39,3	32,3
10	Rhein-Lahn-Kreis	40,5	39,4	34,0	36,1	35,7	26,0	32,9	27,1	29,6	38,9	38,5	33,3
11	Westerwaldkreis	38,7	36,5	31,6	35,0	38,2	21,8	32,2	29,0	26,0	36,4	34,2	27,5
12	RB Koblenz	40,7	41,6	32,8	37,9	38,5	23,3	33,7	30,9	27,7	41,9	42,5	33,9
13	Kreisfreie Stadt Trier	37,6	41,3	28,3	35,0	38,1	18,1	31,1	30,3	19,9	39,3	42,8	27,3
	Landkreise												
14	Bernkastel-Wittlich	37,4	36,8	30,1	34,8	36,0	17,3	32,5	31,3	25,6	38,3	36,9	27,9
15	Bitburg-Prüm	36,6	35,1	27,1	33,5	32,3	20,5	30,7	27,0	22,4	37,4	35,9	36,3
16	Daun	36,9	39,4	24,3	35,0	36,9	19,3	31,7	29,5	24,3	39,1	41,5	24,0
17	Trier-Saarburg	36,3	35,2	26,6	33,1	29,4	18,8	30,7	27,5	19,6	37,7	36,2	26,2
18	RB Trier	36,8	36,3	27,4	33,4	33,2	19,4	31,3	28,5	22,7	38,3	37,0	31,1
	Kreisfreie Städte												
19	Frankenthal (Pfalz)	42,3	47,6	38,4	40,1	47,0	26,0	37,5	36,5	30,1	42,7	46,6	36,3
20	Kaiserslautern	39,1	40,0	26,7	35,2	35,8	20,9	33,2	30,9	25,1	38,0	38,0	25,2
21	Landau i. d. Pfalz	43,7	43,0	36,0	39,7	39,8	28,6	37,4	37,8	32,2	41,5	40,8	36,0
22	Ludwigshafen a. Rhein	41,6	44,9	35,2	40,7	39,1	31,9	37,2	34,9	32,3	42,4	44,8	35,4
23	Mainz	42,9	45,5	31,0	.	.	.	38,4	36,6	28,7	43,1	43,1	34,7
24	Neustadt a. d. Weinstr.	41,5	47,9	28,0	36,8	40,3	31,2	35,2	31,8	29,6	42,2	44,8	37,7
25	Pirmasens	39,3	40,8	30,7	39,3	36,6	20,3	34,1	32,2	27,3	.	.	.
26	Speyer	40,9	45,1	38,2	40,8	41,9	26,8	38,7	37,8	32,7	.	.	.
27	Worms	42,5	47,3	38,2	37,7	42,9	30,4	36,8	37,8	33,6	40,4	43,8	27,2
28	Zweibrücken	41,1	42,4	28,0	40,3	39,2	26,8	.	.	.	40,5	41,3	26,2
	Landkreise												
29	Alzey-Worms	44,1	49,4	33,0	39,8	43,2	27,7	38,8	39,5	33,8	44,7	45,3	38,6
30	Bad Dürkheim	42,6	47,9	32,3	38,8	47,4	27,8	37,9	39,4	33,8	44,9	47,6	37,9
31	Donnersbergkreis	42,1	44,8	31,8	38,9	40,6	23,9	36,9	35,5	29,1	42,2	42,8	35,9
32	Germersheim	42,3	43,8	37,2	36,0	39,8	34,0	35,1	33,9	30,9	39,8	40,9	36,5
33	Kaiserslautern	39,3	40,0	26,1	34,1	34,8	20,0	33,1	30,9	25,3	38,6	38,0	25,3
34	Kusel	38,8	39,4	25,3	34,1	35,1	16,4	33,1	32,2	23,6	38,5	37,1	24,6
35	Landau-Bad Bergzabern	43,2	46,4	36,0	39,0	41,0	28,7	37,4	36,6	33,1	41,7	41,0	40,1
36	Ludwigshafen	41,6	44,9	37,4	38,6	39,1	31,9	37,5	34,9	33,3	42,8	44,8	36,3
37	Mainz-Bingen	42,0	46,3	32,7	38,5	41,6	24,1	36,6	36,5	28,2	41,9	44,5	36,3
38	Pirmasens	39,2	38,9	30,7	36,6	38,1	20,4	32,1	28,0	21,1	38,9	38,5	27,5
39	RB Rheinhessen-Pfalz	42,3	46,1	33,0	38,6	40,8	27,4	36,4	35,3	30,3	42,5	44,5	33,6
40	Rheinland-Pfalz	40,9	43,2	32,2	37,3	38,4	25,0	34,6	33,4	28,4	41,5	42,3	33,3
41	Kreisfreie Städte	41,3	45,4	33,9	38,5	40,4	27,0	36,1	36,0	31,2	40,9	42,4	30,9
42	Landkreise	40,3	43,0	32,0	36,8	38,1	24,8	34,2	33,4	28,1	42,1	41,1	33,4

Bei Ertragsflächen unter 30 ha sind die Hektarerträge ausgpunktet.

Verwaltungsbezirken 1970/75 (Sechsjahresdurchschnitt) 1975 und 1976

Sommergerste			Hafer			Sommermenggetreide			Frühkartoffeln			Spätkartoffeln			Runkelrüben			Lfd. Nr.
Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	
dt/ha																		
35,1	33,7	23,5	35,4	37,1	22,0	36,8	38,8	24,7	205,6	194,4	108,5	263,8	237,8	212,9	878,7	927,2	871,7	1
36,1	36,2	25,6	35,4	37,1	21,4	33,5	33,8	18,5	192,2	191,8	116,8	250,5	229,5	198,8	857,7	877,6	813,1	2
32,8	33,6	25,0	32,1	32,8	20,8	32,9	35,9	22,8	189,9	159,9	.	254,2	222,5	178,2	817,5	798,7	794,2	3
35,5	37,4	26,0	33,1	36,2	17,1	33,5	34,6	16,9	194,4	193,6	123,2	259,1	254,0	194,5	829,7	909,6	773,9	4
33,5	35,5	19,5	31,5	34,0	13,5	32,3	34,9	15,7	.	.	.	255,9	228,0	160,2	791,7	799,2	769,9	5
34,0	34,1	19,9	36,0	34,7	14,1	32,9	31,2	14,9	189,6	186,4	.	261,1	228,4	177,5	785,1	782,7	765,2	6
36,7	34,0	22,8	32,7	36,3	20,3	35,2	37,2	25,1	214,7	194,2	113,6	276,1	272,4	210,9	854,2	902,0	807,7	7
34,6	36,4	29,6	33,8	33,6	21,7	33,1	33,4	26,4	.	.	.	254,6	239,5	192,2	871,3	910,4	766,7	8
35,6	38,0	28,7	33,8	39,6	21,0	34,1	37,8	20,7	190,4	193,1	90,3	262,5	270,0	204,8	844,8	909,3	823,8	9
35,0	34,7	29,4	34,4	35,3	22,9	35,0	35,1	26,7	189,9	187,3	.	260,6	280,5	210,9	865,6	889,6	841,7	10
32,5	32,3	23,5	31,6	32,5	20,8	31,8	31,9	22,1	188,4	174,8	.	251,5	224,2	167,3	825,1	815,7	670,7	11
35,1	36,0	24,6	33,8	35,6	19,4	33,5	35,3	20,5	200,8	190,5	109,3	261,7	251,9	194,3	834,0	855,8	792,9	12
32,1	31,1	21,4	32,0	35,9	16,1	32,7	38,8	16,7	.	.	.	259,2	261,6	166,9	741,9	780,1	642,3	13
35,1	37,1	20,5	33,6	35,5	13,4	35,3	37,8	14,3	194,8	187,5	124,9	261,4	241,4	198,0	797,9	789,1	780,5	14
32,7	33,5	20,9	31,7	31,1	14,1	32,1	31,8	15,6	157,0	158,3	87,4	250,4	222,6	150,0	810,1	826,7	781,5	15
33,7	34,3	20,9	31,9	33,1	15,5	34,2	34,6	19,3	173,2	146,6	.	243,6	231,3	134,0	756,3	766,4	625,3	16
33,5	34,4	21,8	31,6	31,9	16,1	33,5	35,2	18,6	180,9	150,0	112,3	267,0	241,6	155,5	818,6	779,5	680,5	17
33,8	34,8	21,1	32,1	32,5	14,7	32,8	33,3	15,9	184,2	159,0	106,0	258,4	236,1	163,5	802,5	802,8	728,0	18
37,5	41,2	29,9	.	35,9	17,4	32,4	36,8	19,4	.	208,5	196,4	115,6	270,6	258,3	205,8	.	.	19
35,8	38,2	22,6	32,6	35,9	17,4	32,4	36,8	19,4	.	.	.	275,4	254,0	206,1	788,0	792,4	731,3	20
37,5	37,3	30,1	36,8	38,2	25,0	37,1	36,6	263,3	216,2	225,3	847,1	897,3	.	21
38,8	41,9	31,3	213,8	212,9	176,3	276,4	259,4	225,9	.	.	.	22
39,7	38,9	29,5	38,3	39,3	25,5	.	.	.	184,4	167,7	120,6	260,6	248,6	159,2	873,2	900,0	712,2	23
35,7	35,9	27,6	37,2	40,8	24,4	264,6	254,0	214,5	808,1	816,8	705,8	24
33,3	33,2	24,1	33,3	33,7	17,9	32,6	32,3	20,7	.	.	.	276,5	291,8	207,2	809,5	769,5	666,3	25
38,2	39,4	29,7	181,2	170,0	131,3	274,6	264,8	212,1	.	.	.	26
38,1	43,5	30,4	36,5	42,7	24,2	.	.	.	189,6	154,8	155,9	262,3	270,2	177,3	800,6	799,0	816,6	27
36,5	36,8	24,1	35,3	39,3	17,9	35,7	38,8	19,6	.	.	.	271,3	221,6	214,5	810,8	823,1	678,6	28
39,2	42,1	27,0	36,9	42,3	22,1	36,2	40,4	28,0	203,2	194,9	150,5	269,8	269,2	185,4	854,8	802,2	816,6	29
37,8	40,0	27,6	35,0	34,0	24,6	35,8	37,5	27,3	214,0	192,2	150,1	275,2	254,5	197,7	835,7	790,2	800,8	30
36,5	39,9	26,3	33,7	36,2	17,9	32,5	34,6	19,5	197,8	191,4	81,5	251,8	225,5	195,6	849,6	906,3	834,1	31
37,2	37,4	30,6	34,5	37,2	23,9	36,2	40,9	20,4	196,4	195,2	104,9	263,2	227,6	209,2	876,4	903,9	962,7	32
34,6	35,3	22,6	32,1	35,9	17,4	33,5	37,1	19,3	205,4	223,3	100,5	277,4	253,7	215,0	834,2	770,3	732,3	33
34,2	36,3	17,0	32,6	36,9	12,7	32,7	34,9	14,6	.	.	.	262,9	245,7	192,7	797,5	770,5	634,2	34
39,5	41,9	31,2	36,3	39,3	25,6	38,4	44,0	29,5	212,2	182,4	174,6	269,5	254,0	225,0	855,5	889,5	915,6	35
39,9	39,0	31,4	35,6	37,2	26,8	35,9	36,5	28,3	215,4	216,1	185,1	272,6	258,8	220,9	840,1	851,1	768,9	36
36,5	38,1	27,8	35,5	38,9	22,1	33,3	32,2	20,5	189,3	204,6	113,7	265,7	244,9	180,7	856,0	899,7	764,7	37
36,1	37,1	24,1	34,4	36,4	17,9	36,2	38,5	20,3	202,3	186,1	93,0	260,0	260,1	205,1	829,6	773,2	796,5	38
36,8	39,0	25,7	33,8	37,2	18,7	34,3	36,7	19,3	209,5	206,7	161,8	268,7	252,3	202,8	839,1	857,5	790,7	39
35,6	37,0	24,3	33,2	34,7	17,6	33,3	34,6	18,0	206,2	202,1	154,2	263,9	248,8	191,5	827,1	841,9	774,5	40
36,7	38,6	27,1	35,4	37,9	20,2	34,5	37,1	21,6	198,5	196,7	138,7	268,1	252,6	196,9	821,4	837,0	750,3	41
35,6	36,9	24,1	33,2	34,6	17,5	32,9	34,5	17,9	206,9	204,2	158,7	263,6	248,5	191,1	831,5	842,6	775,2	42

noch: Hektarerträge von ausgewählten Feldfrüchten und Futterpflanzen
in den Verwaltungsbezirken 1970/75 (Sechsjahresdurchschnitt) 1975 und 1976

Verwaltungsbezirk	Zuckerrüben			Rauhfutter			Wiesen			Mähweiden		
	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976
	dt/ha											
Kreisfreie Stadt Koblenz	482,3	499,2	438,6	58,2	60,4	48,6	55,8	58,0	50,3	57,2	60,0	42,5
Landkreise												
Ahrweiler	462,0	421,9	422,7	56,7	55,2	45,3	56,1	54,2	45,5	56,7	56,0	44,4
Altenkirchen (Ww.)	.	.	.	66,9	57,4	45,7	59,0	54,6	43,0	59,3	59,7	47,9
Bad Kreuznach	487,7	471,7	436,6	57,9	58,8	41,2	54,5	53,9	39,4	54,4	53,9	45,4
Birkenfeld	.	.	.	56,9	54,8	37,2	56,3	54,2	37,9	58,1	57,9	37,7
Cochem-Zell	452,0	444,6	394,6	56,3	51,7	41,1	54,9	49,4	39,6	56,9	57,0	44,8
Mayen-Koblenz	477,2	452,1	411,7	60,3	60,3	41,5	57,2	56,2	40,1	58,1	59,6	38,7
Neuwied	440,1	393,6	379,6	55,9	53,9	41,5	54,6	49,1	39,5	56,9	59,4	43,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	.	.	.	60,2	60,8	46,7	59,3	58,9	46,3	61,2	75,7	48,1
Rhein-Lahn-Kreis	455,4	425,3	372,1	61,0	61,8	48,0	59,1	59,7	49,1	60,1	60,7	43,2
Westerwaldkreis	.	.	.	55,7	52,2	37,2	56,4	52,0	37,9	56,4	52,1	36,8
RB Koblenz	472,4	454,2	414,4	58,1	56,7	42,6	56,7	54,7	42,0	58,3	58,5	43,1
Kreisfreie Stadt Trier	.	.	.	59,4	61,0	47,1	58,9	60,0	44,7	59,1	63,5	49,8
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	459,0	440,9	390,7	59,1	59,0	46,4	58,5	57,1	43,9	58,8	64,5	45,5
Bitburg-Prüm	457,7	444,9	425,7	57,6	52,7	39,8	56,2	50,9	40,9	58,0	53,2	40,5
Daun	.	.	.	55,1	51,7	36,3	54,2	50,7	38,9	56,1	52,8	39,5
Trier-Saarburg	446,3	433,5	436,0	58,9	58,0	47,8	57,4	55,7	41,5	61,0	63,4	45,7
RB Trier	457,5	443,2	414,8	57,5	54,3	41,3	56,5	53,2	41,3	58,1	55,0	41,2
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	480,7	516,7	390,6	61,1	56,7	48,5
Kaiserslautern	471,3	.	470,7	57,8	52,2	51,1	55,2	49,6	51,9	54,6	50,0	44,1
Landau i. d. Pfalz	491,0	497,4	492,6	62,4	55,0	54,6	60,1	55,3	53,3	.	.	.
Ludwigshafen a. Rhein	487,1	519,7	481,6	63,4	56,3	51,8	59,0	.	47,9	.	.	.
Mainz	493,2	523,2	348,8	70,5	64,6	45,7	59,6	.	42,8	.	.	.
Neustadt a. d. Weinstr.	459,7	412,8	410,4	59,7	56,3	53,8	58,8	56,1	54,9	58,6	59,8	50,5
Pirmasens	-	-	-	56,3	54,7	47,2	54,7	52,8	46,9	58,8	60,0	50,7
Speyer	487,7	515,3	478,5	61,1	58,9	57,6	58,2	56,6	60,7	-	-	-
Worms	500,0	515,5	461,7	67,7	70,3	56,4	61,4	60,3	59,8	.	.	.
Zweibrücken	.	.	.	59,7	62,0	46,0	57,5	61,3	46,5	58,3	62,0	40,1
Landkreise												
Alzey-Worms	505,5	506,4	425,5	71,5	63,8	55,0	58,9	52,2	59,3	59,1	54,0	59,9
Bad Dürkheim	506,8	503,4	400,0	62,5	59,2	51,0	58,3	57,1	51,4	57,5	52,1	44,1
Donnersbergkreis	481,0	479,0	435,6	62,9	61,8	49,1	58,0	57,0	47,0	59,0	60,8	43,4
Germersheim	489,2	492,7	481,4	62,5	61,1	46,3	59,7	58,0	44,4	58,7	50,0	42,0
Kaiserslautern	482,0	488,2	418,7	63,1	60,6	51,3	61,4	59,6	47,9	63,9	57,6	44,1
Kusel	.	.	.	60,4	59,3	39,0	58,9	57,4	39,0	61,6	61,6	38,5
Landau-Bad Bergzabern	501,8	535,1	492,6	66,8	62,6	63,3	63,7	58,7	63,2	63,7	63,4	46,3
Ludwigshafen	503,1	499,0	480,1	63,9	61,4	51,6	61,3	58,6	50,1	60,8	60,2	50,4
Mainz-Bingen	495,4	502,8	420,3	66,2	64,4	49,9	59,5	53,9	41,7	57,6	56,0	40,4
Pirmasens	451,7	473,8	415,9	62,2	59,6	41,2	60,9	58,5	39,8	62,7	61,9	45,7
RB Rheinhessen-Pfalz	497,9	502,8	438,1	62,9	60,3	47,0	60,1	57,9	45,3	61,8	59,6	43,2
Rheinland-Pfalz	495,3	498,1	435,8	58,9	56,5	42,9	57,4	54,9	42,5	58,6	56,7	42,1
Kreisfreie Städte	475,5	515,5	431,8	61,4	59,0	49,1	56,9	56,8	49,2	57,8	59,1	45,6
Landkreise	495,4	485,4	436,4	58,8	56,1	42,8	58,5	54,9	42,3	59,0	56,7	42,0

Bei Ertragsflächen unter 30 ha sind die Hektarerträge ausgpunktet.

Bisher geringste Kartoffelernte

Die Hackfrüchte konnten im Frühjahr rechtzeitig bestellt werden. Insbesondere bei den Rüben zeigten sich jedoch schon beim Auflaufen einige Ausfälle, so daß viele Felder lückig blieben. Infolge der zunehmenden Trockenheit und Hitze verlief das Wachstum aller Hackfrüchte im Mai und Anfang Juni nur zögernd und kam Mitte Juni, als sich die Bestandsreihen vielfach noch nicht geschlossen hatten, völlig zum Erliegen. Die Niederschläge ab Ende Juli und vor allem ab Ende August haben das Wachstum besonders bei den Rüben kräftig belebt. Auch bei den spätreifenden Kartoffelsorten wirkten sie sich noch vorteilhaft aus.

Die Kartoffelernte bezifferte sich nach endgültigen Ermittlungen auf 603 000 t und blieb bei etwa gleichen Anbauflächen um 23% unter der schon niedrigen Ernte von 1975. Sie ist damit die bisher in Rheinland-Pfalz geringste Ernte an Kartoffeln überhaupt. Auf mittelfrühe und späte Sorten entfielen 515 000 t gegenüber 671 000 t im Jahr vorher, während die Frühkartoffeln 88 000 t gegenüber 111 000 t erbrachten. Die Hektarerträge der Spätkartoffeln lagen mit 192 dt um 23 bzw. 27% unter denen des Vorjahres bzw. des Sechsjahresdurchschnitts von 1970/75. Die feuchte und milde Witterung im Herbst bewirkte bei den später reifenden Sorten noch einen merklichen Ertragszuwachs. Vielfach kam es dabei allerdings zur Kindelbildung oder

zur Deformierung der schon älteren Knollen, so daß ein wesentlicher Teil nicht vermarktet werden konnte. Das Angebot an Einkellerungskartoffeln wurde dadurch zusätzlich verringert und wirkte sich in erheblichem Maße preissteigernd aus.

Infolge der feuchtmilden Witterung hielt das Wachstum bei den Rüben bis in den Spätherbst an. Die Ernte der Zuckerrüben erreichte bei etwa gleichen Anbauflächen eine Menge von 1,19 Mill. t gegenüber 1,35 Mill. t im Jahr vorher. Der Hektarertrag errechnete sich auf 436 dt gegenüber 498 und 495 dt in den Vergleichsjahren. Damit haben die Zuckerrüben nach der Trockenheit im Sommer noch annähernd zufriedenstellende Erträge erbracht. Das gleiche läßt sich für die Runkelrüben feststellen, die insgesamt 1,5 Mill. t gegenüber 1,8 Mill. t lieferten. Der Hektarertrag bezifferte sich auf 775 dt, während 1975 eine Flächenleistung von 842 und im mehrjährigen Durchschnitt eine solche von 827 dt erzielt wurde. Die Ernte an Kohlrüben blieb infolge erheblicher Flächeneinschränkung mit rund 88 000 t dagegen ganz erheblich unter der vorjährigen Menge.

Dauergrünland stark geschädigt

Bereits im Frühjahr ließ die trockene und zeitweise kühle Witterung bei allen Futterpflanzen nur einen zögernden Wachstumsbeginn zu. Auch nach den Niederschlägen und der Erwärmung Ende April

Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1970/75 (Sechsjahresdurchschnitt), 1975 und 1976

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976	Ø 1970/75	1975	1976
	ha			dt			t		
Getreide									
Winterweizen	374 577	374 777	374 135 ¹⁾	36,9	38,2	26,4	1 383 407	1 432 393	972 239
Sommerweizen	116 803	103 330	112 120	40,9	43,2	32,2	477 441	446 489	360 578
Winterroggen	11 661	15 427	9 944	37,3	38,4	25,0	43 532	59 286	24 900
Sommerroggen	35 607	28 984	35 608	34,6	33,4	28,4	123 370	96 691	101 091
Winternahrungsmittel	1 144	1 245	1 532	31,9	31,2	21,1	3 648	3 883	3 240
Wintergerste	1 859	1 494	1 515	34,6	35,6	24,2	6 427	5 319	3 662
Sommergerste	19 938	22 709	29 225	41,5	42,3	33,3	82 820	96 127	97 348
Hafer	96 948	108 794	100 384 ¹⁾	35,6	37,0	24,3	345 323	402 864	243 632
Sommermenggetreide	68 373	69 214	62 817 ¹⁾	33,2	34,7	17,6	226 821	240 242	101 466
Körnermais	22 244	23 580	20 990 ¹⁾	33,3	34,6	18,0	74 025	81 492	36 322
Kartoffeln	4 046	3 786	3 045	51,2	52,9	39,7	20 700	20 028	12 089
Frühkartoffeln	42 890	32 446	32 626	256,0	240,9	184,9	1 098 059	781 631	603 343
Spätkartoffeln	5 859	5 471	5 739	206,2	202,1	154,2	120 816	110 547	88 484
Rüben	37 031	26 975	26 887	263,9	248,8	191,5	977 243	671 084	514 859
Zuckerrüben	51 430	50 436	48 059	666,4	646,6	573,1	3 427 194	3 261 411	2 754 476
Runkelrüben	22 861	27 129	27 288	495,3	498,1	435,8	1 132 356	1 351 295	1 189 239
Kohlrüben	25 615	21 069	19 070	827,1	841,9	774,5	2 118 570	1 773 799	1 476 972
Hülsenfrüchte	2 954	2 238	1 701	596,8	609,1	518,9	176 268	136 317	88 265
Speiserbsen und -bohnen	1 299	944	903	29,8	29,9	17,2	3 875	2 824	1 549
Ackerbohnen	213	194	180	26,4	25,7	17,9	560	499	323
Ölfrüchte	1 086	750	723	30,5	31,0	17,0	3 315	2 325	1 226
Winterrapss	3 108	3 478	2 997	23,6	20,5	15,9	7 321	7 117	4 773
Sommerraps und Rübsen	2 579	2 903	2 595	24,2	20,8	16,1	6 244	6 042	4 178
Rauhfutter ²⁾		225 705	227 127	58,9 ³⁾	56,5	42,9	.	1 274 882	974 939
Klee und Kleegras	13 024	10 494	9 553	68,6	66,1	48,7	89 354	69 365	46 554
Luzerne	8 141	6 389	5 752	74,3 ³⁾	71,6	56,2	60 450	45 745	32 331
Grasanbau auf dem Ackerland	.	5 421	5 247	59,2 ³⁾	57,7	41,2	.	31 279	21 636
Wiesen	216 214	137 725	138 785	57,7	54,9	42,5	1 247 332	756 110	589 187
Mähweiden		65 676	67 790	56,7	56,7	42,1	372 383	372 383	285 231
Grünmais	7 742	11 461	12 369	420,6	445,8	320,3	325 587	510 931	396 190

1) Für die Körnerernte standen infolge vorzeitigen Schnitts zu Futterzwecken bei Hafer nur 57 717, bei Sommermenggetreide nur 20 190 ha zur Verfügung. - 2) Heuertrag. - 3) Ohne Ackerweiden.

verlief das Wachstum in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz verhalten. Die erste Rauhfutterernte setzte bei heiterem und trockenen Frühsommerwetter Anfang Juni ein und konnte in wenigen Tagen beendet werden. Auch in den Höhengebieten war sie bis Mitte Juni größtenteils abgeschlossen.

Der erste Rauhfutterschnitt erbrachte zwar ein qualitativ hochwertiges Futter, blieb aber mengenmäßig um rund 50% unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Lediglich die tiefwurzelnde Luzerne lieferte noch einen annähernd zufriedenstellenden Mengenertrag.

Da Ende der ersten Junidekade die Temperaturen weiter anstiegen und die Anfang Juni gefallenen Niederschläge schnell verdunsteten, kam das Wachstum auf den Futterflächen nach dem ersten Schnitt bzw. Weidegang zum Stillstand. Zu Beginn der dritten Monatsdekade war praktisch kein Grünfutter mehr vorhanden. Für die Versorgung des Rindviehs mußte das gerade geerntete Winterfutter angebrochen und zudem in erheblichem Maße Kraftfutter verwendet werden. In besonders betroffenen Gebieten wurde vorzeitig Getreide, vor allem Hafer und Sommergerste, geschnitten, um Rauhfutter zu gewinnen. Ferner kam es in größerem Umfang wegen der Futterknappheit zu vorzeitigen Rinderschlachtungen. Unter dem wochenlangen Einfluß der sengenden Sonne zeigten sich die Grünlandflächen in weiten Gebieten von Rheinland-Pfalz in einem ausgetrockneten Zustand. Die zweite Nutzung

der Futterflächen, die normalerweise Ende Juli und Anfang August erfolgt, fiel daher weitgehend aus.

Als zu Beginn der dritten Julidekade einige Niederschläge fielen, ergründeten die Futterflächen wieder allmählich. Normales Wachstum setzte jedoch erst Anfang September nach weiteren Niederschlägen ein. Die anhaltend feuchtwarme Witterung erlaubte dann allerdings eine ausgedehnte Nutzung aller Futterflächen bis in den Spätherbst. Die gesamte Rauhfutterernte blieb mit 975 000 t - in Heuwert gerechnet - um 30% unter der Menge im mehrjährigen Durchschnitt. Die Hektarerträge betrugen im Durchschnitt aller Arten 42,9 dt gegenüber 56,5 und 58,9 dt in den Vergleichsjahren.

Der geringe Futteranfall in Verbindung mit den Verlusten bei der Getreideernte löste eine bisher einmalige Hilfsaktion aus. Dabei wurden aus den Ackeraugebieten von Rheinhessen und der Vorderpfalz große Strohmengen in die besonders betroffenen Gebiete der Eifel, des Hunsrück und der Westpfalz transportiert. Die günstige Witterung im Herbst, die auch eine erhebliche Ausdehnung des Zwischenfruchtanbaus zur Folge hatte, bewirkte zwar eine Abschwächung der Futterknappheit bei den rindviehhaltenden Betrieben, trotzdem besteht für den Winter nach wie vor ein deutliches Defizit an wirtschaftseigenem Grundfutter, so daß erhebliche Zukäufe erforderlich sind.

Dr. J. Töniges

Volkshochschulen 1975

Die Einrichtungen zur Weiterbildung sollen nach der schulischen und beruflichen Ausbildung das Recht auf Bildung garantieren helfen. Mit ihnen ist die Möglichkeit gegeben, auch außerhalb von Schule, Hochschule und Berufsausbildung zusätzliche Qualifikationen zu erwerben oder nicht erreichte Bildungsziele nachzuholen. Darüber hinaus sollen sie auch für den persönlichen, familiären und freizeitbezogenen, gesellschaftlichen und politischen Bereich Kenntnisse vermitteln.

Volksbildungseinrichtungen 1965 - 1975

Jahr Regierungs- bezirk	Ins- gesamt	Volks- hochschulen ¹⁾		Kreis- volkshochschulen	
		Zen- tralen	Außen- stellen	Zen- tralen	Außen- stellen
1965	852	48	-	32	772
1966	790	50	-	34	706
1967	813	50	-	36	727
1968	821	53	-	37	731
1969	735	53	-	37	645
1970	732	56	-	26	650
1971	554	62	-	28	464
1972	547	62	34	25	426
1973	517	60	30	25	402
1974	477	59	36	23	359
1975	535	59	37	23	416
Koblenz	282	27	14	10	231
Trier	59	7	8	3	41
Rheinhessen-Pfalz	194	25	15	10	144

1) Einschließlich Heimvolkshochschulen.

In Rheinland-Pfalz wird ein großer Teil des Weiterbildungsangebots von den Volkshochschulen getragen. Sie sind im Verband der Volkshochschulen zusammengeschlossen. Jedes Jahr werden den einzelnen Einrichtungen von diesem Verband Berichtsbogen vorgelegt, in denen sie über ihre Tätigkeit Auskunft geben. Die Auswertung der Bogen übernimmt das Statistische Landesamt.

Rund 570 000 Hörer registriert

Im Jahre 1975 gab es in Rheinland-Pfalz 57 Volkshochschulen, 2 Heimvolkshochschulen sowie 23 Kreisvolkshochschulen. Während die Volkshochschulen in größeren Gemeinden tätig sind, decken die Kreisvolkshochschulen mit ihrem Angebot einen größeren Einzugsbereich in überwiegend ländlichen Gebieten ab. In den Heimvolkshochschulen werden in erster Linie Ferien- und Wochenendkurse durchgeführt. Den Volkshochschulen waren 1975 insgesamt 37, den Kreisvolkshochschulen 416 Außenstellen angeschlossen.

Die Arbeit der Volkshochschulen wurde 1975 zu 47% aus den Einnahmen aus Hörergebühren und Mitgliedsbeiträgen finanziert. Insgesamt standen im vergangenen Jahr 13,4 Mill. DM zur Verfügung, rund 1,4 Mill. mehr als 1974. Fast ein Drittel der Einnahmen machten die Zuschüsse der Gemeinden

Volksbildungseinrichtungen 1975

Verwaltungsbezirk	Kurse, Lehrgänge, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Wochenend- und Tagesseminare							Besucher von Vortrags- reihen und Einzel- veran- staltungen	Teil- nehmer an Studien- reisen und Studien- fahrten		
	Zahl der Veran- staltungen	ins- gesamt	Belegungen								
			Ver- waltung und kauf- männische Praxis	Sprachen	manuelles und musisches Arbeiten	Haus- wirtschaft	Ge- sundheits- und Körper- pflege				
Kreisfreie Stadt Koblenz	406	8 716	1 186	3 705	1 514	293	679	6 105	1 404		
Landkreise											
Ahrweiler	262	5 015	508	1 075	393	948	1 131	15 698	1 100		
Altenkirchen (Ww.)	233	3 981	415	1 045	286	425	649	4 486	189		
Bad Kreuznach	691	19 008	1 438	3 121	1 852	1 697	2 757	27 712	2 678		
Birkenfeld	269	5 084	1 010	1 643	583	232	1 113	14 104	657		
Cochem-Zell	21	291	17	126	62	-	-	980	349		
Mayen-Koblenz	454	7 603	813	2 408	713	705	1 172	10 320	390		
Neuwied	450	7 615	755	2 524	927	356	1 015	17 219	800		
Rhein-Hunsrück-Kreis	285	6 515	821	1 644	659	414	409	9 702	327		
Rhein-Lahn-Kreis	188	2 849	447	782	272	126	253	8 935	115		
Westerwaldkreis	465	9 452	737	1 703	1 413	536	1 497	6 313	472		
RB Koblenz	3 724	76 129	8 147	19 776	8 674	5 732	10 675	121 574	8 481		
Kreisfreie Stadt Trier	298	6 597	377	1 787	602	559	1 043	24 035	528		
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	239	4 037	849	1 198	312	666	535	1 893	244		
Bitburg-Prüm	245	6 538	348	632	1 219	522	1 704	9 425	1 100		
Daun	100	1 610	320	349	202	252	369	8 391	325		
Trier-Saarburg	540	9 290	1 039	999	1 819	879	3 087	20 361	950		
RB Trier	1 422	28 072	2 933	4 965	4 154	2 878	6 738	64 105	3 147		
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	257	4 479	710	1 282	245	195	1 635	2 622	382		
Kaiserslautern	482	12 306	2 068	1 962	1 402	419	1 299	11 798	545		
Landau i. d. Pfalz	207	4 916	1 890	2 348	180	-	-	2 694	92		
Ludwigshafen a. Rhein	327	5 268	687	2 642	609	176	328	4 402	469		
Mainz	523	9 334	781	4 103	972	317	855	4 207	393		
Neustadt a. d. Weinstr.	402	9 843	813	1 509	1 762	652	262	6 350	828		
Pirmasens	442	7 369	1 843	1 980	111	290	288	2 412	-		
Speyer	94	1 589	370	648	53	247	158	4 107	137		
Worms	304	5 280	253	2 419	678	507	617	10 782	361		
Zweibrücken	90	2 026	35	861	93	77	90	2 038	130		
Landkreise											
Alzey-Worms	211	4 031	334	780	138	406	1 604	9 295	1 631		
Bad Dürkheim	408	12 868	203	1 359	2 286	827	329	7 203	936		
Donnersbergkreis	74	1 174	241	436	133	166	52	8 730	175		
Germersheim	213	4 261	612	832	641	454	798	9 493	326		
Kaiserslautern	74	1 127	81	334	276	55	148	5 421	817		
Kusel	96	1 749	175	463	133	98	266	6 007	493		
Landau-Bad Bergzabern	107	1 632	368	438	87	470	39	13 754	266		
Ludwigshafen	332	8 506	510	1 687	393	902	287	3 300	164		
Mainz-Bingen	674	12 666	684	2 889	1 749	1 306	1 103	47 656	1 842		
Pirmasens	83	1 453	88	258	288	381	117	5 776	176		
RB Rheinhessen-Pfalz	5 400	111 877	12 746	29 230	12 229	7 945	10 275	168 047	10 163		
Rheinland-Pfalz	10 546	216 078	23 826	53 971	25 057	16 555	27 688	353 726	21 791		
Kreisfreie Städte	3 832	77 723	11 013	25 246	8 221	3 732	7 254	81 552	5 269		
Landkreise	6 714	138 355	12 813	28 725	16 836	12 823	20 434	272 174	16 522		

und Kreise aus, die den Volkshochschulen 4,2 Mill. DM zur Verfügung stellten. Aus Landes- und Sonderzuschüssen kamen weitere 2,9 Mill. DM.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr von den Volkshochschulen 15 218 längerfristige Lehrveranstaltungen und Einzelvorträge durchgeführt. Dabei wurden rund 570 000 Besucher registriert. Die 10 546 längerfristigen Veranstaltungen wie Kurse, Lehrgänge, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften sowie Wochenend- und Tagesseminare, in denen durchweg intensiv Wissen vermittelt wird, waren von 216 100 Interessenten belegt worden. Zu den 4 672 Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen kamen 353 700 Besucher. In den Kursen ist die durchschnittliche Besucherzahl zwangsläufig niedriger, da nur mit einer kleinen Belegungszahl die Anforderungen an den Unterricht erfüllt werden können, während mit Vorträgen durchaus ein größerer Besucherkreis angesprochen werden kann.

Längerfristige Veranstaltungen bilden Schwerpunkt

Die Hauptarbeit der Volkshochschulen verlagert sich zusehends zu längerfristigen Lehrveranstaltungen. 1970 gingen noch 58% aller durchgeführten Veranstaltungen über einen längeren Zeitraum, 1975 waren es bereits 69%.

Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen wurden von den Kreisvolkshochschulen vergleichsweise in stärkerem Maße angeboten als von den Volkshochschulen. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß Einzelveranstaltungen in ländlichen Gebieten auf größeres Interesse stoßen als langfristige Lehrveranstaltungen, für die viel-

fach die Zahl der Nachfrager nicht ausreichen dürfte. So decken bei den Kreisvolkshochschulen die Einzelveranstaltungen rund 40% des Angebots ab, bei den Volkshochschulen machen sie nur ein Viertel der durchgeführten Veranstaltungen aus.

Hauptinteresse gilt Sprachkursen

Sowohl bei den Kursen als auch bei den Einzelveranstaltungen zeichnet sich eine Verlagerung in Bezug auf die Stoffgebiete ab. Bei den längerfristigen Lehrveranstaltungen gilt nach wie vor den Sprachkursen das Hauptinteresse. Seit 1970 stieg sowohl die Zahl der Kurse als auch der Belegungen um über 60%. Sie machten 1975 fast ein Drittel aller Kurse aus und verzeichneten ein Viertel aller Besucher. Auch die Lehrgänge über manuelles und musisches Arbeiten sowie über Hauswirtschaft, Gesundheits- und Körperpflege werden in verstärktem Maße durchgeführt und finden auch ständig wachsenden Zuspruch durch die Besucher.

Gesellschaftliche und politische Themen scheinen auf geringeres Interesse zu stoßen. 1970 war noch jede 7. Kursbelegung für diesen Bereich erfolgt, 1975 nur noch jede 15. Auch zu Lehrveranstaltungen zum Themenbereich Kunst, unter den die Bereiche Literatur, Bildende Kunst, Kunstgeschichte und Musik fallen, sowie zum Stoffgebiet Länder-, Heimat- und Naturkunde kamen weniger Besucher als noch 1970.

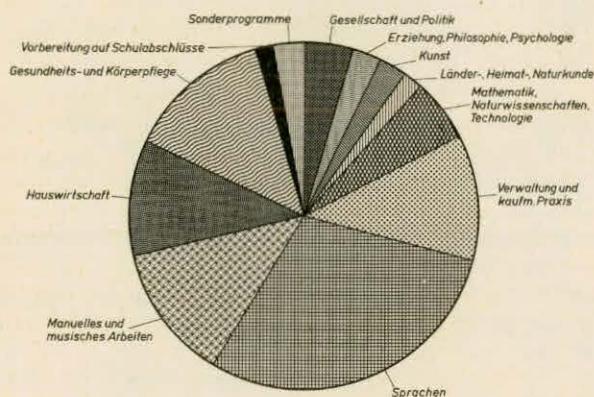
Auch bei den Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen nahm das Interesse für gesellschaftliche und politische Themen im Vergleich zu 1970 stark

Tätigkeit der Volksbildungseinrichtungen nach Stoffgebieten 1975

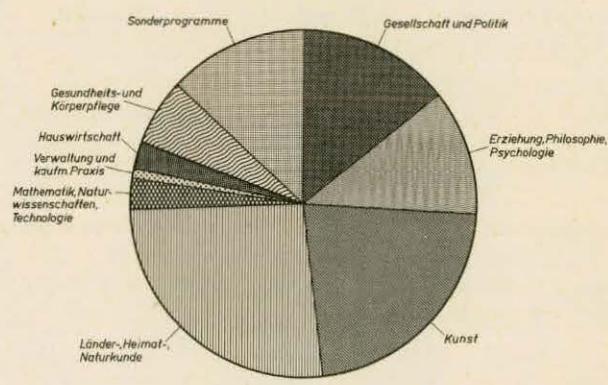
Stoffgebiet	Belegungen von Kursen, Lehrgängen, Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften			Besucher von Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen		
	Heimvolkshochschulen	Volks hochschulen	Kreisvolkshochschulen	Heimvolkshochschulen	Volks hochschulen	Kreisvolkshochschulen
Insgesamt						
Gesellschaft und Politik	3 085	10 208	1 410	-	17 288	11 668
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	257	4 787	2 178	-	19 778	12 010
Kunst	144	5 149	3 273	-	102 253	19 984
Länder-, Heimat-, Naturkunde	554	3 523	1 594	-	46 282	29 247
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	241	9 031	4 246	577	3 252	1 427
Verwaltung und kaufmännische Praxis	82	17 638	6 106	-	4 690	1 229
Sprachen	-	41 865	12 106	-	-	-
Manuelles und musisches Arbeiten	27	15 430	9 600	-	-	-
Hauswirtschaft	-	8 906	7 649	-	1 454	2 137
Gesundheits- und Körperpflege	-	16 977	10 711	-	6 749	5 158
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	-	3 543	277	-	-	-
Sonderprogramme	2 107	5 204	8 170	-	44 671	23 872
Insgesamt	6 497	142 261	67 320	577	246 417	106 732
Anteile in %						
Gesellschaft und Politik	47,5	7,2	2,1	-	7,0	10,9
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	4,0	3,4	3,2	-	8,0	11,3
Kunst	2,2	3,6	4,9	-	41,5	18,7
Länder-, Heimat-, Naturkunde	8,5	2,5	2,4	-	18,8	27,4
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	3,7	6,3	6,3	100,0	1,3	1,3
Verwaltung und kaufmännische Praxis	1,3	12,4	9,1	-	1,9	1,2
Sprachen	-	29,4	18,0	-	-	-
Manuelles und musisches Arbeiten	0,4	10,8	14,3	-	-	-
Hauswirtschaft	-	6,3	11,4	-	0,6	2,0
Gesundheits- und Körperpflege	-	11,9	15,9	-	2,7	4,8
Vorbereitungen auf Schulabschlüsse	-	2,5	0,4	-	-	-
Sonderprogramme	32,4	3,7	12,1	-	18,1	22,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Veranstaltungen der Volkshochschulen 1975

Kurse, Lehrgänge und Seminare



Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen



111/96

ab. Sowohl die Zahl der Vortragsabende als auch der Besucher sank. Breiten Raum nahmen hier jedoch die Vorträge über die Bereiche Kunst sowie Länder-, Heimat- und Naturkunde ein, an denen mehr als die Hälfte aller Vortragsbesucher teilnahmen.

Mehr Frauen nehmen Bildungsangebot in Anspruch

Ein Vergleich der Besucherzahlen zwischen Volkshochschulen und Kreisvolkshochschulen in Bezug auf die Themenbereiche weist auf die unterschiedlichen Interessen der Konsumentenkreise hin. Bei den Lehrveranstaltungen der Volkshochschulen verzeichneten die Bereiche Gesellschaft und Politik, Sprachen sowie Verwaltung und kaufmännische Praxis verhältnismäßig wesentlich höhere Belegungszahlen als bei den Kreisvolkshochschulen. Auf deren Wirkungskreis, die ländlichen Gebiete, dürfte es in erster Linie zurückzuführen sein, daß hier die Kurse über Hauswirtschaft, Gesundheits- und Körperpflege und über manuelles und musisches Arbeiten stärker frequentiert wurden.

Interessante Aufschlüsse ergibt die Analyse des Besucherkreises der Volkshochschulen. Die schon in den 60er Jahren einsetzende Tendenz, daß die Frauen in zunehmendem Maße das Angebot der Volkshochschulen zur Weiterbildung annehmen, hat sich weiter fortgesetzt. 1975 erfolgten drei von fünf Kursbelegungen durch weibliche Hörer, 1970 war nur knapp die Hälfte der Lehrgangsteilnehmer weiblichen Geschlechts. Auch innerhalb der einzelnen Stoffgebiete ergaben sich Verschiebungen. So ist der Anteil der Frauen in den Kursen über Kunst, Länder-, Heimat- und Naturkunde und auch zu hauswirtschaftlichen Themen seit 1970 leicht zurückgegangen. Eine stark steigende Beteiligung weiblicher Hörer haben jedoch die Kurse über Mathematik, Naturwissenschaften und Technologie zu verzeichnen. War in diesen Lehrgängen 1970 lediglich ein Viertel der Hörer Frauen, so stieg ihr An-

teil bis 1975 auf 44%. Auch bei den Sprachkursen und den Lehrgängen zur Vorbereitung auf Schul-

Durchschnittliche Zahl der Belegungen bzw. Besucher
der Veranstaltungen der Volkshochschulen 1975

Stoffgebiet	Insgesamt	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rheinhessen-Pfalz
Kurse, Lehrgänge, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Wochenend- und Tagesseminare				
Gesellschaft und Politik	31,1	25,5	41,7	33,5
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	25,8	24,0	38,9	26,6
Kunst	30,1	27,6	40,1	30,0
Länder-, Heimat-, Naturkunde	29,8	28,7	39,3	29,6
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	22,1	22,4	19,1	22,2
Verwaltung und kaufmännische Praxis	19,2	20,7	18,0	18,6
Sprachen				
Englisch	18,1	19,0	17,7	17,6
Französisch	16,8	16,8	17,6	16,6
Italienisch	16,1	15,9	19,4	16,0
Russisch	10,5	9,5	7,2	11,3
Spanisch	17,4	19,5	23,2	15,7
Deutsch als Fremdsprache	15,1	15,4	17,8	14,6
Andere Fremdsprachen	13,3	14,4	22,0	12,1
Deutsch für Deutsche	19,0	22,1	13,0	16,3
Manuelles und musisches Arbeiten	18,7	17,3	18,8	19,9
Hauswirtschaft	14,6	17,2	12,8	13,7
Gesundheits- und Körperpflege	19,8	20,2	19,7	19,4
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	23,0	23,4	22,7	23,0
Sonderprogramme	50,6	39,3	63,5	53,6
Insgesamt	20,5	20,4	19,7	20,7
Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen				
Gesellschaft und Politik	43,5	39,7	36,9	47,7
Erziehung, Philosophie, Religion, Psychologie	58,5	65,8	50,9	55,5
Kunst	117,8	136,4	119,0	105,4
Länder-, Heimat-, Naturkunde	61,5	58,8	61,4	63,3
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	39,2	42,9	34,3	33,8
Verwaltung und kaufmännische Praxis	148,0	110,0	83,4	189,9
Hauswirtschaft	28,5	27,8	22,7	31,3
Gesundheits- und Körperpflege	41,9	37,5	42,3	44,2
Sonderprogramme	111,6	145,1	66,8	108,4
Insgesamt	75,7	80,8	73,4	73,2

abschlüsse zeigt sich ein wachsendes Interesse der Frauen. Entsprechend der Zunahme bei den Frauen sank der Anteil der Männer in diesen Kursen. Er stieg lediglich bei den Lehrveranstaltungen über Themen zur Kunst, zur Länder-, Heimat- und Naturkunde leicht an.

Vorbereitungslehrgänge zum Hauptschulabschluß wieder stärker gefragt

Bei der Betrachtung der Altersstruktur der Kursbesucher zeigt sich, daß der Anteil der größten Gruppe, der Hörer unter 25 Jahren, seit 1970 um gut 6 Prozentpunkte sank. In gleichem Maß erhöhte sich der Anteil derer, die der Altersgruppe der 25- bis 50jährigen zuzurechnen sind, so daß beide Altersgruppen 1975 fast gleich stark vertreten waren. Jede 11. Kursbelegung erfolgte durch einen Hörer, der älter als 50 Jahre war.

Im Rahmen der längerfristigen Lehrveranstaltungen bieten die Volkshochschulen auch Vorbereitungskurse auf Schulabschlüsse an. Hier ist bei den Lehrgängen zum Hauptschulabschluß sowohl bei

der Zahl der Kurse als auch der Belegungen eine steigende Tendenz zu beobachten. 1971 wurden in 12 Kursen 242 Hörer gezählt, 1975 waren für 29 Kurse mehr als doppelt so viele Belegungen erfolgt. Das Kursangebot zur Vorbereitung auf den Realschulabschluß ist seit einigen Jahren fast gleichbleibend. Die Zahl der Teilnehmer hat sich bei rund 1 000 eingependelt, die der Kurse lag 1975 bei 39.

Neben längerfristigen Lehrveranstaltungen und Einzelveranstaltungen führen die Volkshochschulen auch Studienfahrten und Studienreisen durch. Studienfahrten dauern einen Tag, Studienreisen schließen mindestens eine Übernachtung ein. Beide Exkursionsarten werden in zunehmendem Maße angeboten. Die Zahl der Studienfahrten stieg seit 1970 um rund 100 auf 234 an, während sich die Zahl der Teilnehmer um über 2 000 auf 8 734 erhöhte. Außerdem wurden 344 Studienreisen, fast doppelt so viele wie 1970, durchgeführt, an denen sich über 13 000 Interessenten beteiligten.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Strafvollzug 1975/76

Während das kriminelle Tatgeschehen sowie die gerichtliche Aburteilung der Täter Gegenstand der Tatermittlungs- und Strafverfolgungsstatistik sind, vermittelt die Strafvollzugsstatistik einen Einblick in die Vollstreckung der von den Gerichten angeordneten Strafen und Maßnahmen, soweit diese einen Freiheitsentzug darstellen. Insbesondere im Rahmen der Strafrechtspflege - wobei auch an die Bemühungen um eine Reform des gegenwärtigen Strafvollzuges zu denken ist - hat die Strafvollzugsstatistik große Bedeutung. Die Nachweisungen dieser Statistik basieren auf zwei Jahreserhebungen, und zwar werden zum einen die Gefangenenzahl am Anfang und am Ende eines jeden Berichtsjahres sowie die zwischenzeitlichen Veränderungen durch Zu- und Abgänge, zum anderen die persönlichen und kriminologischen Merkmale der jeweils am 31. März Eingesessenen und Verwahrten nachgewiesen. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf beide Erhebungen.

3 000 Plätze in neun Strafvollzugsanstalten

Am Ende des Jahres 1975 verfügten die Justizbehörden des Landes über neun selbständige Strafvollzugsanstalten; einer dieser Anstalten war eine Zweiganstalt angegliedert. Gerichtsgefängnisse gibt es in Rheinland-Pfalz seit 1971 nicht mehr, so daß für die Vollstreckung aller gerichtlich angeordneten Freiheitsstrafen und für alle im Zuge strafrechtlicher Maßnahmen sich ergebenden Verwahrungen - ausgenommen die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt auf Grund strafrichtlicher Entscheidungen gemäß §§ 63 und 64 StGB sowie die Ahndungen in Form von Jugendarresten - ausschließlich die Strafvollzugsanstalten zuständig sind. Nach der größtmöglichen Gliederung der Belegungskapazitäten steht

die Justizvollzugsanstalt in Wittlich - dieser ist die einzige Jugendstrafanstalt in Rheinland-Pfalz angegliedert - mit 668 Plätzen an erster Stelle. Es folgen die Anstalten in Diez (601 Plätze), Frankenthal (480), Zweibrücken (384), Mainz (300) und Koblenz (294); schließlich die Anstalt in Trier mit der Zweiganstalt Saarburg (143) sowie die Vollzugsanstalt in Kaiserslautern (130). Belegungsmäßig am kleinsten ist die mit Wirkung vom 1. November 1975 eingerichtete sozialtherapeutische Vollzugsanstalt in Ludwigshafen, welche gegenwärtig über nur 24 Plätze verfügt. Eine Straf- und Untersuchungshaftanstalt ausschließlich für Frauen gibt es in Rheinland-Pfalz nicht mehr. Weibliche Straftäter werden zur Strafverbüßung in Einrichtungen entweder außerhalb des Landes gebracht oder aber in gesonderte Abteilungen bestimmter rheinland-pfälzischer Anstalten eingewiesen. So meldeten zum Jahresende 1975 die Anstalten in Koblenz, Mainz und Zweibrücken das Einsitzen von Frauen. Bei Summierung der Aufnahmekapazitäten aller Anstalten ergibt sich zum vorgenannten Zeitpunkt eine Gesamtbelegungsfähigkeit von rund 3 050 Plätzen. Nicht ganz drei Viertel von diesen waren für eine Einzelunterbringung bestimmt.

Zu- und Abgänge hielten sich die Waage

Setzt man die für alle Vollzugsanstalten ermittelte Durchschnittsbelegung des Jahres 1975 (2 781) zu der Gesamtkapazität ins Verhältnis, so errechnet sich eine mittlere Belegungsquote von gut 91%. Die Zugänge (20 613) und Abgänge (20 593) während des Jahres waren zahlenmäßig fast gleich; sie liegen jeweils um mehr als siebenmal höher als die Durchschnittsbelegung. Damit wird eine durch die Masse der Fälle mit geringerer Strafverbüßungs- oder Unterbringungszeit bedingte beachtliche Fluktuation

aufgezeigt. Rund 3 100 Verurteilte traten ihre Strafe während des Jahres 1975 an, für etwa die gleiche Zahl der Eingesessenen endete in dieser Zeit die Strafverbüßung oder Maßregel.

Sehr viel geringer als die rechnerisch ermittelte Durchschnittsbelegung des Jahres 1975 (2 781) war die Zahl der bei der Stichtagserhebung per 31. März 1976 gemeldeten Strafgefangenen (1 959). Unter diesen befanden sich lediglich vier Frauen. Nur ein männlicher Delinquent wurde in Sicherungsverwahrung gehalten. Nach der Strafvollzugsart unterschieden, verbüßten vier Fünftel der Häftlinge eine Freiheitsstrafe, das restliche Fünftel eine Jugendstrafe.

Zu dem Begriff Freiheitsstrafe sei angemerkt, daß dieser, die auf Grund des ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts (vom 25. Juni 1969) verfügte Einheitsstrafe darstellt, der zufolge es die früheren Arten von Freiheitsentzug wie Zuchthaus, Gefängnis, Einschließung und Haft nicht mehr gibt. Nicht gleichzusetzen mit der Freiheitsstrafe ist die nach dem Jugendstrafrecht verhängbare Jugendstrafe. Diese ist ein selbständiger, unabhängig vom Erwachsenenstrafrecht ausgestalteter, vornehmlich auf einen Erziehungseffekt ausgerichteter Freiheitsentzug.

Diebstahl und Unterschlagung häufigste Delikte

Zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe befanden sich am Erhebungsstichtag 1 652 Personen, unter diesen die erwähnten vier Frauen, in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Der Verhängung einer solchen Strafe lagen zu annähernd zwei Fünfteln die Delikte des Diebstahls oder der Unterschlagung zu Grunde. Die nächstgrößte Tätergruppe (10,4%) hatte sich des Raubes oder der Erpressung schuldig gemacht. Es folgen jene Personen, die ihre Verurteilung einem strafwürdigen Fehlverhalten im Straßenverkehr (9,2%), vorwiegend wegen Trunkenheit am Steuer, zu verdanken hatten. 130 (7,9%) Häftlinge begingen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung; 61 von diesen wurde der sexuelle Mißbrauch von Kindern zur Last gelegt, bei 59 war der Tatbestand der Vergewaltigung gegeben. Straftaten gegen das Leben sühnten 128 (7,7%) der Eingesessenen. Darunter befanden sich 76 wegen Mordes und 34 wegen Totschlags Verurteilte. Überdies sind Betrug und Untreue (5,9%), Straftaten gegen den Personenstand, gegen die Ehe und Familie (4,5%), Urkundenfälschung (3,3%) und gemeinfährliche Straftaten (3,3%) die hauptsächlichsten Delikte, deren die übrigen mit Freiheitsstrafe beladenen Täter überführt werden konnten.

60 Lebenslängliche

Die Nachweisungen über die Dauer der verhängten Freiheitsstrafen umfassen zehn Zeitgruppen mit welchem der zwischen einem Tag und lebenslangem Freiheitsentzug mögliche Strafrahmen analog der Gliederung der Strafverfolgungsstatistik dargestellt wird. Es sei aber angemerkt, daß es sich bei den unter einem Monat liegenden Freiheitsstrafen entweder um Ersatzfreiheitsstrafen oder aber um

Justizvollzugsanstalten am 31.12.1975

Justizvollzugsanstalt	Plätze			Durchschnittliche Belegung 1975
	insgesamt	Einzelunterbringung	Gemeinschaftsunterbringung	
Wittlich (Männer u. Jugendliche)	668	581	87	653
Diez	601	475	126	579
Frankenthal	480	408	72	340
Zweibrücken	384	290	94	334
Mainz	300	195	105	253
Koblenz	294	118	176	279
Trier	137	35	102	120
Zweiganstalt Saarburg	36	28	8	25
Kaiserslautern	130	79	51	119
Sozialtherapeutische Anstalt Ludwigshafen	24	24	-	79 ¹⁾
Insgesamt	3 054	2 233	821	2 781

1) Anstalt wurde unter starker Verminderung der Belegplätze am 1.11.1976 von einer Justizvollzugsanstalt in eine Sozialtherapeutische Anstalt umgewandelt.

Reststrafen handeln muß. Soweit es das allgemeine Strafrecht betrifft, soll Freiheitsstrafe unter sechs Monaten grundsätzlich nicht mehr verhängt werden; nur in Ausnahmefällen ist dies zulässig, wobei dann die Mindeststrafe einen Monat nicht unterschreiten darf. Die beiden mit Abstand am stärksten besetzten Gruppen unter den zeitlichen Strafen sind die mit einer Strafdauer zwischen ein und zwei Jahren (23,4%) und zwei bis fünf Jahren (20,5%). Zu einem unter diesen Strafmaßen liegenden Freiheitsentzug wurden 43,8% der Eingesessenen verurteilt, wobei diejenigen zahlenmäßig dominierten, deren Strafdauer zwischen sechs und neun Monaten (13,2%) lag. Mehr als fünf bis einschließlich fünfzehn Jahre hatten 8,1% der Häftlinge abzusitzen, während die 60 Lebenslänglichen einen Anteil von 3,6% der Strafgefangenen ausmachten.

Begrifflich umfaßt Jugendstrafe nur die Verurteilung zu einem dem früheren Jugendgefängnis entsprechenden Freiheitsentzug, nicht aber die im Jugendstrafrecht vorgesehenen Ahndungen leichterer Art, wie Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel (letztere in Form von Freizeit-, Kurz- oder Dauerarresten, welche in eigens dafür eingerichteten Jugendarrestanstalten vollzogen werden). Zu einer Verurteilung zu Jugendstrafe wird sich der Richter dann veranlaßt sehen, wenn wegen der schädlichen Neigungen des Jugendlichen, die in der Tat hervorgetreten sind, die vorgenannten Maßnahmen zur Erziehung nicht ausreichen oder wenn wegen der Schwere der Schuld eine Jugendstrafe angezeigt ist. Eine solche Strafe kann nur gegen Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) und Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) verhängt werden, jedoch ist ihr Vollzug in Jugendarrestanstalten bis zum 24. Lebensjahr zulässig. Überdies darf in Jugendarrestanstalten unter bestimmten Voraussetzungen auch Freiheitsstrafe in Form des Jugendstrafvollzuges an Delinquenten unter 24 Jahren vollzogen werden, wie andererseits Jugendstrafe nach den Vorschriften des Strafvollzugs für Erwachsene an über 18jährigen vollzogen werden kann, wenn diese sich nicht für den Jugendstrafvollzug eignen. Am Stichtag waren es 92 Fälle, bei

denen eine gerichtlich verhängte Jugendstrafe im Erwachsenenstrafvollzug erfolgte. Gemessen an der Gesamtzahl der nach dem Jugendstrafrecht verurteilten Eingesessenen (399) bedeutet dies einen Anteil von immerhin 23%. Somit wurde bei fast jedem vierten der zu Jugendstrafe verurteilten Häftlinge diese gerichtlich ausgesprochene Strafe - sei es aus Altersgründen oder wegen Nichteignung der Vollzugsart - im Erwachsenenstrafvollzug durchgeführt.

Häufigstes Delikt, welches Jugendstrafe für die insgesamt 307 im Jugendstrafvollzug Befindlichen nach sich zog, war ebenfalls der Diebstahl (59,3%). 54 Jugendliche (17,6%) saßen wegen Raubes und Erpressung ein; 16 oder 5,2% hatten Straftaten gegen das Leben begangen. Zwölf von diesen Tätern waren wegen vollendeten Mordes und drei wegen Totschlags verurteilt worden. Körperverletzung (3,9%), gemeingefährliche Straftaten (2,6%) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (2,3%), waren dann die hauptsächlichsten Delikte, deren die jugendlichen Häftlinge überführt werden konnten. Lediglich einer der Eingesessenen war wegen eines Verkehrsdeliktes inhaftiert, und zwar wegen Fahrens ohne Führerschein trotz Fahrverbots.

27 Jugendliche auf unbestimmte Dauer inhaftiert

Bei der Jugendstrafe (also dem früheren Jugendgefängnis) gibt es insofern eine Besonderheit, als diese auf unbestimmte Dauer verhängt werden kann. Allerdings wird eine solche Strafe nur ausgesprochen, wenn eine Jugendstrafe von höchstens vier Jahren geboten ist und es sich nicht voraussehen lässt, welcher Zeit es bedarf, um den Jugendlichen durch den Strafvollzug zu einem rechtschaffenden Lebenswandel zu erziehen. Dieses war bei 27 der nach dem Jugendstrafrecht abgeurteilten,

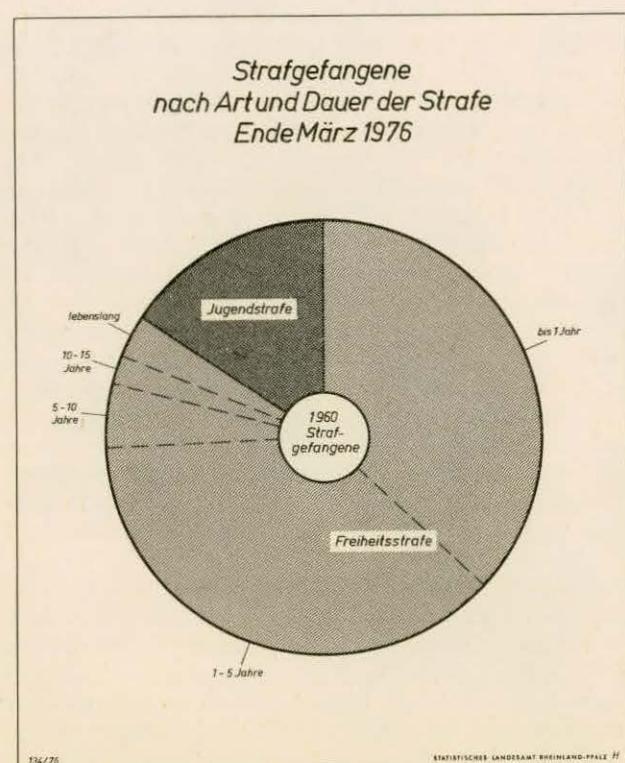
am Stichtag inhaftierten Tätern (399) der Fall. 19 Jugendliche hatten einen zwischen fünf Jahren und der Höchststrafe von zehn Jahren liegenden Freiheitsentzug zu verbüßen, wogegen 115 der Eingesessenen mit einer bis zu einem Jahr liegenden Strafdauer davon kamen. Die nach dem Strafmaß zweitgrößte Gruppe jugendlicher Täter (110) war jene, deren Jugendstrafe zwischen einem und zwei Jahren lag.

Obwohl bekanntlich die Kriminalität der Frauen sehr viel geringer ist als die der Männer, sind die am Stichtag eingesessenen vier Frauen zahlenmäßig für den Geschlechterproporz der Strafgefangenen natürlich nicht repräsentativ. Wenn nur sehr wenige Frauen in rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten ihre Freiheitsstrafen verbüßen, so hat das seine Ursache in einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Hessen über die Bildung einer Vollzugsgemeinschaft für Frauen in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main, der zufolge diese Anstalt auch für rheinland-pfälzische Delinquenten weiblichen Geschlechts zuständig ist, soweit deren Strafzeit drei Monate überschreitet. Vergleicht man die Geschlechterverteilung der zu Freiheitsstrafe Verurteilten in den Nachweisungen der Strafverfolgungsstatistik des Jahres 1975, so liegt der Anteil der Frauen, denen eine Bewährung nicht zugestanden wurde, bei stark 3%. Es kann angenommen werden, daß diese Relation mit dem durchschnittlichen Anteil der weiblichen Inhaftierten an der Gesamtzahl der Strafgefangenen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz ziemlich identisch ist.

Betrachtet man die Alterskurve der Eingesessenen, so nimmt diese einen kontinuierlich ansteigenden Verlauf bis zu einem Gipfel in der Gruppe der 25- bis 30jährigen, um dann wieder stetig abzufallen. Unbeschadet des Fakts deliktsspezifischer Perioden innerhalb der altersmäßigen Entwicklung, entspricht dieses Bild der kriminologischen Erkenntnis, daß der Hang zur Straffälligkeit zwischen dem 20sten und 30sten Lebensjahr den Kulminationspunkt erreicht. Etwa 45% der 1960 Eingesessenen gehörten diesem Altersbereich an, 53 Jugendliche hatten das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht und 14 Erwachsene das 60. überschritten.

Hohe Anteile der Ledigen und Geschiedenen

Ihrem Familienstand nach waren annähernd drei Fünftel der Inhaftierten ledig, 23% verheiratet, 1,2% verwitwet und knapp 19% geschieden. In Anbetracht des nicht sonderlich großen Anteils der jugendlichen und jungerwachsenen Täter (13,6%) an der Gesamtzahl der Inhaftierten verwundert das starke zahlenmäßige Übergewicht der Ledigen, wie auch die Tatsache, daß diese zu 70% dem Altersbereich der über 21jährigen bis 40jährigen angehörten. Auffällig ist auch der unverhältnismäßig hohe Anteil der Geschiedenen (an der Gesamtbevölkerung beträgt dieser nur 2%). Zweifellos ist dieses Faktum durch die erhöhte Scheidungswilligkeit von Ehepartnern einsitzender Täter begründet, weil deren kriminelles Verhalten oder langzeitige



Inhaftierung die Weiterführung einer Ehe als unzumutbar erscheinen läßt.

Geht man davon aus, daß dem rheinland-pfälzischen Vollstreckungsplan zufolge sich die örtliche Zuständigkeit der Vollzugsanstalt nach dem Gerichtsbezirk richtet, in dem der Verurteilte wohnt, sich aufhält oder bei behördlicher Verwahrung zuletzt aufgehalten hat, so dürfte der weitaus größte Teil der am Stichtag Eingesessenen (1960) seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort in Rheinland-Pfalz gehabt haben. Keinen festen Wohnsitz hatten 297 der Gefangenen; Ausländer oder staatenlos waren 105 der Delinquenten.

Vier Fünftel vorbestraft

Über die Häufigkeit strafrechtlicher Verurteilungen im Vorleben der Eingesessenen bietet die Strafvollzugsstatistik aufschlußreiches Zahlenmaterial. Dieses läßt erkennen, daß es sich bei dem Kreis der Strafgefangenen zum großen Teil um kriminell labile Rechtsbrecher handelt. Schon durch die Gegenüberstellung der Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik (verurteilte Personen) und der Strafvollzugsstatistik über die Vorstrafen wird dieses deutlich demonstriert: Während von allen Verurteilten des Jahres 1975 nicht einmal ein Drittel eine Vorstrafe hatte, belief sich die Quote der Vorbestraften bei den Eingesessenen am 31. März 1976 (wegen der vorausgegangenen Verurteilung der Häftlinge dürften die zu unterschiedlichen Jahresdaten nachgewiesenen Werte in etwa zeitgleich sein) auf 82%. Unterscheidet man zwischen den Eingesessenen nach der Vollzugsart, so waren die erwachsenen Täter zu 86%, die Jugendlichen und Heranwachsenden zu 59% vorbestraft.

Von den 1 427 vorbestraften Erwachsenen hatten 96,5% bereits eine oder mehrere Freiheitsstrafen (einschließlich Jugendstrafe) verbüßt. 772 (54%) wa-

Strafgefange nach Alter und Familienstand am 31.3.1976

Alter	Familienstand			
	ledig	ver-heiratet	ver-witwert	ge-schieden
	%			
14 - 18 Jahre	4,7	-	-	-
18 - 21 "	19,1	0,4	-	-
21 - 25 "	28,3	13,3	-	3,0
25 - 40 "	41,6	62,0	52,2	60,1
40 - 60 "	6,1	23,3	47,8	35,0
60 und älter	0,3	0,9	-	1,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

ren bis zu viermal, 459 (32%) zwischen fünf- und zehnmal und 196 (14%) mehr als zehnmal vorbestraft. Bereits im ersten Jahr nach ihrer letzten Entlassung wurden 30% der mit Freiheitsentzug vorbestraften Erwachsenen wieder zur Strafverbüßung eingewiesen. Gut ein Zehntel genoß die Freiheit vor der letzten Einlieferung über einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren.

Nur sechs der 181 Vorbestraften, zum Erhebungszeitpunkt im Jugendstrafvollzug eingesessenen Jugendlichen und Heranwachsenden, hatten zuvor Ahndungen in Form von freiheitsentziehenden Maßregeln erfahren (Jugendarrest). An allen anderen wurden bereits Jugendstrafen oder gar Freiheitsstrafen vollzogen. Bei dem weitaus größten Teil weisen die Strafakten nur eine (129) oder zwei (35) dieser Vorstrafen nach.

Es wäre noch zu erwähnen, daß am Stichtag 191 Personen auf Grund strafrechterlicher Entscheidung in Anstalten außerhalb der Justizverwaltung (Nervenkliniken) untergebracht waren.

R. Zirwes

Sozialer Wohnungsbau 1973-1975

Aufgabe der amtlichen Bewilligungsstatistik ist es, möglichst umfassend über alle vom Staat im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Maßnahmen zu unterrichten. Auf den geänderten, seit 1973 geltenden Erhebungsbogen wird ein Teil der Merkmale erfaßt, die im Ablauf des Bewilligungsverfahrens bei den zuständigen Bewilligungsstellen anfallen. Hierbei interessieren vor allem Art und Zahl der geförderten Gebäude, Lage und Fläche der Grundstücke, Anzahl, Größe und Zweckbindung der Wohnungen, ferner die Bauherren, die veranschlagten Finanzierungsmittel nach Finanzierungsquellen, die Gesamtkosten und ihre Aufgliederung sowie die unterschiedlichen Finanzierungsformen und die durchschnittlichen Mieten und Belastungen.

Hinzuweisen ist außerdem darauf, daß die Bewilligungsstatistik eine Statistik der Bewilligungsakte ist und in keinem direkten Zusammenhang zur Bauausführung steht. Der Zeitpunkt der Bauge-

nehmigung kann vor oder nach der Bewilligung von öffentlichen Mitteln liegen. Auch kann bereits mit der Bauausführung begonnen worden sein, wenn schon ein Vorgesetzter erteilt war. In manchen Fällen kommt es sogar vor, daß ein Bauvorhaben schon fertiggestellt war und nachträglich hierfür öffentliche Mittel bewilligt wurden. Die Zahl der ausgewiesenen Bewilligungen läßt deshalb keinen völlig exakten Rückschluß auf die in einem Jahr genehmigten, begonnenen oder fertiggestellten Sozialwohnungen zu.

Bedingt durch die Reform der Bewilligungsstatistik wurden aus aufbereitungstechnischen Gründen die ab 1973 ermittelten Daten für den 1. und 2. Förderungsweg teilweise zusammen ausgewiesen. Dies beeinträchtigt die Aussagekraft einzelner Tabellen, weil ein Vergleich der Jahresreihen nicht in jedem Fall uneingeschränkt möglich ist. Ab 1973 sind die Daten jedoch wieder voll vergleichbar, was den hier vorgelegten Dreijahresüberblick rechtfertigt.

Bewilligte Sozialwohnungen nach Wohnform und Eigentumsverhältnis 1965 - 1975

Jahr ¹⁾	Ins-gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zweifamilienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu-sammen	eigengenutzte und Kauf-eigentums-wohnungen	Eigen-tümer-wohnungen	zu-sammen	Eigen-tümer-wohnungen	zu-sammen	Eigen-tümer-wohnungen	
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41
1969	4 328	2 367	-	11	1 934	1 546	24	24	3
1970	4 079	1 983	19	7	2 019	1 802	57	56	20
1971	5 353	3 372	15	5	1 947	1 745	21	21	13
1972	6 623	4 319	102	8	2 260	2 077	28	28	16
1973 ¹⁾	4 282	1 458	119	-	2 702	2 458	42	13	80
1974	7 117	4 086	248	-	2 739	2 444	14	1	278
1975	7 496	3 719	723	-	3 762	3 355	5	3	10

1) Ab 1973 1. und 2. Förderungsweg.

Die Hälfte der bewilligten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern

Im Jahre 1975 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem 1. und 2. Förderungsweg auf insgesamt 7 496. Das sind 5,3% mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der geförderten Wohnungen des traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus (1. Förderungsweg) verminderte sich um 13% auf 4 513, während im 2. Förderungsweg eine Steigerung um 56% auf 2 983 zu verzeichnen war; von letzteren wurden 2 957 Wohnungen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes bewilligt. Der zweite Förderungsweg nimmt sich verstärkt der Eigentumsförderung an und hat durch das Regionalprogramm des Bundes an Bedeutung gewonnen. Es werden Bauvorhaben für Personen gefördert, die durch den Bezug der Wohnung eine öffentlich geförderte Mietwohnung freimachen oder deren Jahreseinkommen die in § 25 II WoBauG bestimmte Einkommensgrenze nicht um mehr als 40% übersteigt. Im Ge-

gensatz zur aufgezeigten Entwicklung im sozialen Wohnungsbau verminderte sich 1975 im gesamten Wohnungsbau die Zahl der Genehmigungen für Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau um 19% auf 21 459. Ähnlich wie schon 1974, als für den sozialen Wohnungsbau eine hohe Zuwachsrate bei den Bewilligungen ermittelt werden konnte, führte auch 1975 die gestiegene Zahl der bewilligten Wohnungen dazu, daß das Auftragsvolumen im gesamten Wohnungsbau in etwas geringerem Maße schrumpfte. Während in den Jahren 1973 bis 1975 die Bewilligungen des 1. Förderungsweges zunächst von 2 856 auf 5 201 anstiegen, um sich 1975 wieder rückläufig zu entwickeln, ergab sich im 2. Förderungsweg ein beachtlicher Anstieg von 1 424 über 1 916 auf 2 983 bewilligte Wohnungen.

Die Zahl der bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entwickelte sich 1975 rückläufig, andererseits ergab sich in Ein- und Zweifamilienhäusern eine kräftige Zunahme um 1 023 auf 3 762 Wohnungen; auch in den beiden davorliegenden Jahren verzeichneten letztere Zuwachsraten, die allerdings geringer ausgefallen waren. Im Zeitraum von 1973 bis 1975 betraf fast die Hälfte der Bewilligungen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Zu dem im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik geförderten Anstieg der gesamten Bewilligungen trugen in erheblichem Maße die privaten Haushalte als Bauherren bei; ihr Anteil an den Bauherren insgesamt lag in den drei Jahren bei 74, 51 und 65%. Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen erreichten in diesen Jahren Quoten von 19, 32 und 19%. Ebenso wie im gesamten Wohnungsbau hat sich auch im sozialen Wohnungsbau gezeigt, daß private Haushalte als Bauherren von der wirtschaftlichen Entwicklung unabhängiger sind, als dies für Wohnungs- und Siedlungsunternehmen zutrifft.

Von den insgesamt bewilligten Wohnungen entfiel 1975 auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit 4 161 ein Anteil von 56%, danach folgten Koblenz mit 2 341 (31%) und Trier mit 994 (13%). Seit 1973 konnte keine gravierende Verschiebung

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960 - 1975

Jahr	Insgesamt			Private ²⁾ Haushalte		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungs-unternehmen ²⁾	
	Raum-zahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3
1969	4,9	465,1	85,1	687,2	110,5	368,1	74,5
1970	4,9	478,1	87,4	688,2	108,6	361,1	75,5
1971	4,6	475,6	86,1	638,4	103,8	369,1	75,7
1972 ³⁾	4,5	464,5	84,8	605,0	100,1	356,5	73,4
1973 ³⁾	4,9	663,0	80,3	757,4	111,3	319,4	63,4
1974	4,3	558,5	86,6	653,2	101,4	376,8	72,7
1975	4,5	593,5	93,4	695,4	108,0	371,1	75,5

1) Nur vollgeförderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude).

2) Ab 1961 nur vollgeförderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren. - 3) Ohne Erbbaugrundstücke.

der Quoten beobachtet werden. Geförderte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren 1975 vor allem in den kreisfreien Städten Mainz (513) und Kaiserslautern (219) vorgesehen. Auch 1974 lagen die beiden Städte an der Spitze der Skala aller Landkreise und kreisfreien Städte, während 1973 Trier mit 160 Wohnungen die höchste Zahl aufzuweisen hatte. Die meisten Bewilligungen insgesamt verzeichneten 1975 von den kreisfreien Städten Mainz (629) und Kaiserslautern (303), von den Landkreisen Mainz-Bingen (361); im Jahre 1974 waren es ebenfalls die kreisfreien Städte Kaiserslautern (811) und Mainz (738) bzw. der Landkreis Mayen-Koblenz (305) gewesen, 1973 die Städte Trier (217) sowie der Kreis Trier-Saarburg (263). Generell kann gesagt werden, daß der soziale Wohnungsbau vorwiegend in Großstädten und Gemeinden über 20 000 Einwohnern anzutreffen ist.

Sozialwohnungen verfügen über durchschnittlich 4,5 Räume

Die durchschnittliche Raumzahl (Zimmer und Küche) der im 1. Förderungsweg bewilligten Sozialwohnungen wird in erheblichem Maße vom Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser beeinflußt, welche meist über mehr Zimmer verfügen als Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Nachdem die durchschnittliche Raumzahl 1973 mit 4,9 den Höchstwert erreicht hatte, verminderte sie sich im darauffolgenden Jahre deutlich auf 4,3, um 1975 infolge des erheblich höheren Anteils an Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wieder auf 4,5 anzusteigen. Damit entspricht die durchschnittliche Raumzahl der Sozialwohnungen fast genau der im gesamten Wohnungsbau ermittelten. Die durchschnittliche Wohnfläche hingegen verzeichnete von 1973 bis 1975 zwar einen kontinuierlichen Anstieg von 80,3 qm auf 93,4 qm, blieb jedoch nach wie vor unter den entsprechenden Werten für den gesamten Wohnbau (Zunahme von 92,0 qm auf 97,2 qm). Unterschiedliche Wohnungsgrößen konnten erneut bei den einzelnen Bauherren beobachtet werden. Während die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung bei gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen von 1973 bis 1975 um 12,1 qm auf 75,5 qm anstieg, verminderte sie sich bei privaten Haushalten geringfügig um 3,3 qm auf 108 qm. Was die Häufigkeit von Wohnungen mit bestimmter Raumzahl anbelangt, so dominieren seit 1973 die Fünfraumwohnungen, deren Anteil an den Bewilligungen zwischen 24 und 32% schwankt. Danach folgen Wohnungen mit 4 Räumen, die 1974 und 1975 etwas an Bedeutung gewannen und zuletzt eine Quote von 24% erreichten. In den einzelnen Jahren fielen der Anteil der Wohnungen mit 4 und mehr Räumen um so höher aus, je mehr Ein- und Zweifamilienhäuser bewilligt wurden.

Die zweckgebundenen Wohnungen waren in den letzten drei Jahren vorwiegend für kinderreiche Familien vorgesehen. Außerdem erlangten 1973 Wohnungen für junge Ehepaare erhebliche Bedeutung, 1974 die Bewilligungen für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern und für ältere Personen. 1975 beliefen sich die Bewilligungen für kinder-

Finanzierungsmittel für bewilligte Sozialwohnungen 1960 - 1975

Jahr ¹⁾	Ins-gesamt		Öffentliche Mittel		Kapitalmarktmittel		Sonstige Mittel	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5	
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8	
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8	
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4	
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3	
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5	
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5	
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3	
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8	
1969	348 873	86 413	24,8	134 567	38,6	127 893	36,6	
1970	402 509	92 970	23,1	133 383	33,1	176 156	43,8	
1971	534 703	114 181	21,4	217 244	40,6	203 278	38,0	
1972	703 458	144 940	20,6	305 280	43,4	253 238	36,0	
1973	602 944	86 228	14,3	245 359	40,7	271 357	45,0	
1974	1 016 975	164 791	16,2	413 462	40,7	438 722	43,1	
1975	1 098 642	158 402	14,4	474 713	43,2	465 527	42,4	

1) Ab 1973 1. und 2. Förderungsweg.

reiche Familien auf 809, für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern dagegen nur noch auf 160.

Abnehmender Anteil der Finanzierungsmittel der öffentlichen Hand

Die veranschlagten Finanzierungsmittel des 1. und 2. Förderungsweges beliefen sich 1975 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,099 Mrd. DM gegenüber 1,017 Mrd. DM 1974 und 603 Mill. DM 1973. Damit ergab sich innerhalb von zwei Jahren eine Zunahme der Finanzierungsmittel insgesamt um 82%. Im Jahre 1975 entfielen auf den ersten Förderungsweg 673 Mill. DM (61%), auf den zweiten 426 Mill. DM (39%); letzterer gewann erheblich an Bedeutung, denn 1974 entfiel auf diesen nur eine Quote von 24% und 1973 von 28%. Von den Finanzierungsmitteln insgesamt stammten im Jahre 1975 rund 475 Mill. DM (43%) aus Kapitalmarktmitteln und nur 158 Mill. DM (14%) aus öffentlichen Mitteln; 466 Mill. DM (43%) waren sonstige Mittel. Seit 1973 läßt sich ein deutliches Absinken des Anteils der von der öffentlichen Hand bereitgestellten Beträge beobachten, während besonders die sonstigen Mittel an Bedeutung gewannen.

1975 kam erneut den Sparkassen eine führende Bedeutung bei der Bereitstellung der Kapitalmarktmittel zu; auf diese entfielen 206 Mill. DM (43%), danach folgten die Bausparkassen mit 125 Mill. DM (26%). Sowohl im 1. als auch im 2. Förderungsweg dominierten diese beiden Kapitalgeber. Im Jahre 1974 erreichten die Sparkassen einen Anteil von 36%, danach folgten Pfandbriefinstitute (29%) und Bausparkassen (19%). Dagegen wurde 1973 mehr als die Hälfte der Kapitalmarktmittel durch Sparkassen bereitgestellt, während Bausparkassen fast ein Viertel beisteuerten. Die Struktur der sonstigen Mittel hat sich 1975 insofern verändert, als Eigenleistungen an Bedeutung gegenüber den beiden vorhergegangenen Jahren gewonnen und fast neun Zehntel davon ausmachen. Andererseits reduzierte sich 1975 der Anteil der sonstigen aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellten Mittel deutlich, und zwar auf 4,0%.

Was die Aufgliederung der geförderten Wohnungen nach den drei Förderungsarten anbelangt, so

Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in den Verwaltungsbezirken 1975

Verwaltungsbezirk	Bundes- / Landesmittel ¹⁾ für den			Geförderte Wohnungen				Sonstige geförderte Wohn-einheiten (Heim-plätze)	Durch-schnittliche Miete je qm Wohn-fläche		
	1. För-derungs-weg	2. För-derungs-weg	objekt-bezogene Beihilfen 2)	ins-gesamt	in Wohngebäuden mit ...						
					1 und 2 3)	3 und mehr 4)	Eigen-tums-wohnungen				
	1 000 DM			Wohnungen		Anzahl			DM		
Kreisfreie Stadt Koblenz	2 455	-	273	130	44	59	27	-	5,14		
Landkreise											
Ahrweiler	2 909	58	193	109	87	14	8	-	4,07		
Altenkirchen (Ww.)	9 635	-	584	296	211	76	1	117	4,03		
Bad Kreuznach	7 176	-	609	298	169	99	30	-	4,76		
Bad Kreuznach, St	-	-	147	44	19	18	7	-	7,23		
Birkenfeld	3 392	19	435	180	97	27	56	-	3,97		
Idar-Oberstein, St	-	-	196	52	6	-	46	-	-		
Cochem-Zell	2 167	-	125	73	73	-	-	-	-		
Mayen-Koblenz	7 938	-	440	240	159	70	11	74	4,05		
Andernach, St	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Mayen, St	-	-	26	8	7	-	1	-	-		
Neuwied	6 815	-	575	268	197	67	4	-	4,57		
Neuwied, St	-	-	159	48	38	9	1	-	7,39		
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 600	-	532	226	143	34	49	-	4,17		
Rhein-Lahn-Kreis	6 238	-	502	227	126	91	9	52	4,57		
Lahnstein, St	-	-	28	8	4	-	4	-	-		
Westerwaldkreis	6 085	-	653	294	222	69	3	-	4,05		
RB Koblenz	59 410	77	4 921	2 341	1 528	606	198	243	4,41		
Kreisfreie Stadt Trier	4 923	-	661	268	45	150	73	-	4,40		
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	4 802	-	664	257	134	45	77	72	4,33		
Bitburg-Prüm	2 760	-	262	107	104	-	3	-	-		
Daun	2 182	-	267	110	92	16	2	-	3,90		
Trier-Saarburg	4 527	-	618	252	183	63	6	27	4,66		
RB Trier	19 194	-	2 472	994	558	274	161	99	4,42		
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	6 366	-	563	278	44	194	40	-	4,05		
Kaiserslautern	4 514	-	788	303	53	219	31	-	5,21		
Landau i. d. Pfalz	1 797	133	200	103	32	42	29	-	4,24		
Ludwigshafen a. Rhein	3 840	-	386	241	40	181	20	25	5,60		
Mainz	2 334	-	1 966	629	91	513	25	-	6,51		
Neustadt a. d. Weinstr.	5 684	-	407	204	58	133	13	90	4,03		
Pirmasens	2 669	-	257	131	41	80	10	-	5,62		
Speyer	3 553	-	200	91	26	42	23	138	3,97		
Worms	3 424	-	235	115	52	57	6	-	4,11		
Zweibrücken	4 018	-	226	140	67	66	7	-	4,05		
Landkreise											
Alzey-Worms	3 493	-	293	135	93	36	6	-	3,90		
Bad Dürkheim	5 158	-	460	217	118	87	12	-	3,91		
Donnersbergkreis	3 606	-	355	166	98	62	6	-	4,25		
Germersheim	4 523	-	554	230	136	53	41	-	3,92		
Kaiserslautern	2 691	-	406	172	59	110	3	-	5,29		
Kusel	2 040	-	171	83	79	4	-	-	4,20		
Landau-Bad Bergzabern	3 616	35	529	211	135	38	38	-	4,11		
Ludwigshafen	4 006	-	420	190	91	74	25	-	4,07		
Mainz-Bingen	7 835	35	784	361	229	105	27	-	4,06		
Bingen, St	-	-	46	15	8	-	7	-	-		
Ingelheim am Rhein, St	-	-	39	12	9	-	3	-	-		
Pirmasens	4 211	-	333	161	139	20	2	-	3,98		
RB Rheinhessen-Pfalz	79 378	203	9 533	4 161	1 681	2 116	364	253	5,02		
Rheinland-Pfalz	157 982	280	16 926	7 496	3 767	2 996	723	595	4,84		
Kreisfreie Städte	45 577	133	6 162	2 633	593	1 736	304	253	5,23		
Landkreise	112 405	147	10 764	4 863	3 174	1 260	419	342	4,31		

1) Ohne Mischförderung. - 2) Erste Jahresrate. - 3) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime) einschl. Kleinsiedlerstellen. - 4) In Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen (ohne Wohnheime).

dominierten zwar auch 1975 im 1. Förderungsweg Kapitalhilfen und objektbezogene Beihilfen (Mischförderung) mit 4 513 oder 60% der Bewilligungen, die Quote fiel aber deutlich niedriger aus als in den beiden Jahren zuvor. 1975 wurden von den 2 983 bewilligten Wohnungen des zweiten Förderungsweges nicht weniger als 2 964 (99%) mit objektbezogenen Beihilfen gefördert. Auch in den davorliegenden Jahren wurden fast alle Wohnungen des 2. Förderungsweges auf diese Art gefördert.

Veranschlagte reine Baukosten je qm Wohnfläche von 1973 bis 1975 um 8,5% gestiegen

Die Höhe der laufenden Aufwendungen für Sozialwohnungen wird zu einem beträchtlichen Teil durch die Höhe der Gesamtkosten der Förderungsobjekte und die Art ihrer Finanzierung bestimmt. Als Gesamtkosten gelten die Kosten des Baugrundstückes und die Baukosten; dazu gehören die Kosten des Gebäudes, die Kosten der Außenanlagen, die Baunebenkosten, die Kosten der besonderen Betriebseinrichtungen sowie die Kosten des Gerätes und der sonstigen Wirtschaftsausstattung. Ein Vergleich der Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau kann nur in eingeschränktem Maße vorgenommen werden, da neben der Preisentwicklung die nach Gebäudearten unterschiedliche Zusammensetzung sowie die Ausstattung und Größe der Wohnungen die Höhe der Kosten bestimmt.

Die veranschlagten Gesamtherstellungskosten beliefen sich im Jahre 1975 im vollgeförderten reinen Wohnungsbau auf insgesamt 858 Mill. DM; das sind 50 Mill. DM oder 6,2% mehr als im Vorjahr. Von 1973 bis 1975 ergab sich eine sehr hohe Zunahme um 401 Mill. DM oder 88%. Der Anteil der reinen Baukosten, welcher seit 1966 nahezu konstant bei rund drei Viertel gelegen hatte, erhöhte sich 1973 auf 81%, um in den beiden folgenden Jahren auf 76 bzw. 77% abzufallen. Im Jahre 1975 verteilten sich die übrigen Anteile wie folgt auf: Baunebenkosten 8,8%, Baugrundstückswerte und Erwerbskosten 8,3%, Kosten der Außenanlagen 3,1%, Erschließungs- und sonstige Kosten 2,6%. Gegenüber 1974 und 1973 veränderten sich diese Anteile nur in geringem Maße. Infolge der deutlich höheren Anzahl der Bewilligungen von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern erhöhten sich 1975 die reinen Baukosten je Wohnung um 17 845 DM auf 105 166 DM gegenüber dem Vorjahr. Von 1973 bis 1975 stiegen die reinen Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern auf 141 100 (+ 19%) und in Mehrfamilienhäusern auf 68 400 DM (+ 19%).

Auch im sozialen Wohnungsbau erlangen die in Fertigteilbauweise errichteten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern zunehmende Bedeutung. Entfielen 1973 von den veranschlagten Gesamtherstellungskosten erst 5,9% auf den Fertigteilbau, so stieg dessen Anteil in den beiden darauffolgenden Jahren auf 6,1% und 8,1% an. Die veranschlagten reinen Baukosten je qm Wohnfläche verzeichneten in den letzten Jahren geringer werdende Zuwachsraten. Während sich dieser Durchschnittswert 1973 noch um 34% auf 1 073 DM erhöht hatte, konnte 1974 nur noch eine Steigerungsrate von 5,2% und 1975 von 3,1% ermittelt werden.

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1960 - 1975

Jahr	Ins-gesamt	Reine Baukosten				
	1 000 DM	% der Gesamt-kosten	DM je Wohnung	DM je cbm	DM je qm	
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535
1969	254 982	187 722	73,6	48 962	105	564
1970	267 226	200 650	75,1	57 891	114	639
1971	399 151	300 902	75,4	62 845	132	730
1972	523 440	394 812	75,4	67 756	146	799
1973	456 984	369 051	80,8	89 250	163	1 073
1974	808 620	612 903	75,8	87 321	193	1 129
1975	858 393	662 548	77,2	105 166	192	1 164

1) Nur vollgeförderte reine Wohnbauten.

Durchschnittsmiete je qm seit 1973 unterschiedlich gestiegen

Steigende Gesamtherstellungskosten und höhere Kapitalkosten verursachten in den letzten Jahren kräftige Mietpreiserhöhungen im sozialen Wohnungsbau. Da einer erhöhten Mittelbereitstellung im Rahmen der Objektförderung infolge der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte enge Grenzen gezogen sind, werden die Kosten über höhere Mieten auf die Wohnungsbezieher weitergegeben. So können in einzelnen Fällen die besonders hohen Mieten im neueren sozialen Wohnungsbau durch billigere Angebote am freien Wohnungsmarkt unterschritten werden.

Von 1973 bis 1975 ergaben sich teilweise beachtliche Erhöhungen der Durchschnittsmieten. So stiegen in diesem Zeitraum die Mieten für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern des 1. Förderungsweges im Zusammenhang mit der Kostenentwicklung nur von 3,93 auf 4,11 DM je qm Wohnfläche (+ 4,4%), im 2. Förderungsweg erhöhten sie sich dagegen von 5,65 auf 6,20 DM (+ 8,9%). Die Bewilligung weniger besonders teurer Projekte mit entsprechend hohen Mieten kann, wie dies 1974 für den 2. Förderungsweg, und zwar für das Regionalprogramm des Bundes zutraf, vorübergehend zu sehr hohen Steigerungsraten der Mietpreise führen. In den Jahren 1973 bis 1975 wurden im 1. Förderungsweg für die meisten bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern Mietpreise zwischen 3,75 und 4,50 DM je qm Wohnfläche ermittelt; 1973 betrug deren Anteil 83%, 1974 erhöhte er sich auf 93% und fiel 1975 geringfügig auf 90% ab. Die durchschnittliche Belastung der Bauherren und Erwerber von Eigentumswohnungen und eigengenutzten Wohnungen in Familienheimen (1. Förderungsweg) stieg von 1973 bis 1975 von 3,77 auf 4,92 DM je qm Wohnfläche (+ 31%); im zweiten Förderungsweg ergab sich eine durchschnittliche Verteuerung von 4,88 DM auf 5,56 DM (+ 14%).

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Wohngeld 1973-1975

Auswirkungen des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1973

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuß zu den Aufwendungen für Wohnraum. Sind die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, so besteht ein Rechtsanspruch auf die Zahlung des Wohngeldes. Hierdurch sollen soziale Härten bei finanziell weniger günstig gestellten Bevölkerungsschichten verhindert oder gemildert, den anspruchsberechtigten Haushalten eine angemessene familiengerechte Wohnung zu einer für sie tragbaren Belastung gesichert werden. Über die Auswirkungen des Zweiten Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 14. Dezember 1973 (BGBL. I S. 1863) ist gemäß § 35 dieses Gesetzes eine Statistik zu führen. Jährlich werden in tiefgegliederten Merkmalskombinationen die Daten über den Personenkreis der Wohngeldempfänger sowie ihre Haushalts-, Einkommens- und Wohnverhältnisse aufbereitet.

Empfänger von Wohngeld nach Art des Zuschusses
Ende Dezember 1973 - 1975

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr	Empfänger von Mietzuschuß			Empfänger von Lastenzuschuß		
			zu- sam- men	Verän- derung zum Vorjahr	An- teil	zu- sam- men	Verän- derung zum Vorjahr	An- teil
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1973	49 285	12,5	46 323	14,5	94,0	2 962	- 11,4	6,0
1974	65 492	32,9	60 013	29,6	91,6	5 479	85,0	8,4
1975	68 292	4,3	63 231	5,4	92,6	5 061	- 7,6	7,4

Durch die Fortentwicklung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1970 konnten sowohl die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung als auch die Rechtsentwicklung und Rechtsprechung weitgehend berücksichtigt werden. So wurde nicht nur der Kreis der Wohngeldempfänger erweitert, sondern es ergaben sich auch höhere Leistungen an die Anspruchsberechtigten. Wohngeld wird gewährt, wenn das Einkommen, von dem bestimmte Beträge abgesetzt werden können, eine nach der Familiengröße gestaffelte Grenze nicht übersteigt. Sie liegt bei 800 DM monatlich für den Alleinstehenden und erhöht sich für das zweite und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied um je 200 DM monatlich. Die Höhe des Wohngeldes ist somit abhängig von Familiengröße, Einkommen und Wohnkosten.

Wohngeld als Mietzuschuß erhalten bei erfüllten Voraussetzungen Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers, einer Genossenschafts- oder Stiftwohnung, Bewohner eines Wohnheimes, Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts, ferner Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, eines Geschäftshauses oder eines Gewerbebetriebs, wenn sie in diesem Haus wohnen, sowie Eigentümer eines Ein- bzw. Zweifamilienhauses, welches neben Wohnraum in einem Umfang Geschäftsräume enthält, so daß nicht mehr von einem Eigenheim gesprochen werden kann, wenn sie in diesem Hause wohnen,

schließlich noch Inhaber einer landwirtschaftlichen Vollerwerbsstelle, deren Wohnteil nicht vom Wirtschaftsteil getrennt ist. Wohngeld als Lastenzuschuß erhält der Eigentümer eines Eigenheimes, einer Eigentumswohnung, einer Kleinsiedlung, einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle, wenn er darin wohnt und die Belastung dafür aufbringt.

Zahl der Wohngeldempfänger um vier Zehntel gestiegen

Am Jahresende 1975 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 68 292 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 63 231 Mietzuschüsse (92,6%) und 5 061 (7,4%) Lastenzuschüsse für die aus dem Kapitaldienst und aus der Bewirtschaftung entstehende Belastung. Die Zahl der Wohngeldempfänger erhöhte sich seit Ende 1974 um 4,3%. Am Jahresende 1974 belief sich dagegen die Steigerungsrate gegenüber 1973, als das Zweite Wohngeldgesetz in seiner Neufassung noch nicht in Kraft getreten war, auf nahezu ein Drittel. Im untersuchten Zeitraum von 1973 bis 1975 stieg die Zahl der Wohngeldempfänger um 19 007 oder 39%, wobei die Mietzuschußempfänger um 16 908 oder 37% und die Lastenzuschußempfänger um 2 099 oder 71% zunahmen. Der Anteil der Lastenzuschußempfänger an den Wohngeldempfängern insgesamt hat sich jedoch von 1973 bis 1975 nur sehr geringfügig vergrößert. Von den rheinland-pfälzischen Wohnungsinhabern bezogen Ende 1973 erst 3,7% Wohngeld; die Quote erhöhte sich bis Ende 1975 auf 5,0%. Im Bundesgebiet ist gleichzeitig die Zahl der Wohngeldempfänger von 1973 bis 1975 um 364 000 oder 28% auf 1 665 700 angestiegen. In der aufgezeigten Entwicklung werden die gestiegenen Leistungen der öffentlichen Hand deutlich, die durch das am 1. Januar 1974 in Kraft getretene Zweite Wohngeldgesetz ermöglicht wurden.

Im Jahre 1975 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die ausgezahlten Wohngeldbeträge auf 66,1 Mill. DM, das waren 11,5% mehr als im Jahr zuvor; 58,7 Mill. DM waren Mietzuschüsse und 7,4 Mill.

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Zuschußarten
Dezember 1973 - 1975

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr	Mietzuschuß			Lastenzuschuß		
			zu- sam- men	Verän- derung zum Vorjahr	An- teil	zu- sam- men	Verän- derung zum Vorjahr	An- teil
			1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1973	43 481	- 3,2	39 618	- 0,3	91,1	3 863	- 25,7	8,9
1974	59 240	36,2	52 499	32,5	88,6	6 741	74,5	11,4
1975	66 052	11,5	58 645	11,7	88,8	7 407	9,8	11,2

Jahr	Haushalte insgesamt	Selbständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Rentner, Pensionäre	Empfänger von Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge	Sonstige Nichterwerbstätige
	Anzahl				%			
Insgesamt								
1973	49 285	1,0	1,4	3,4	9,9	73,9	3,9	6,5
1974	65 492	0,9	1,7	4,1	12,8	69,1	4,0	7,4
1975	68 292	0,8	1,2	3,2	11,1	68,7	4,7	10,3
Empfänger von Mietzuschuß								
1973	46 323	0,6	1,1	3,0	7,7	76,7	4,2	6,7
1974	60 013	0,5	1,3	3,5	9,6	72,9	4,4	7,8
1975	63 231	0,5	0,9	2,7	8,5	71,6	5,1	10,7
Empfänger von Lastenzuschuß								
1973	2 962	6,2	6,8	9,9	44,7	29,1	0,3	3,0
1974	5 479	4,3	6,6	11,1	46,9	27,0	0,4	3,7
1975	5 061	3,9	5,6	8,7	44,0	31,5	0,5	5,8

DM Lastenzuschüsse. Die ausgezahlten Wohngeldbeträge erhöhten sich von 1973 bis 1975 nominell um 22,6 Mill. DM oder 52% auf 66,1 Mill. DM; sie nahmen somit erheblich stärker zu, als die Anzahl der Wohngeldempfänger. Im untersuchten Zeitraum stiegen die Mietzuschüsse um 19,0 Mill. DM oder 48% und die eine geringere Bedeutung einnehmenden Lastenzuschüsse um 3,5 Mill. DM oder fast das Doppelte. Während die Quote der ausgezahlten Mietzuschüsse an den insgesamt ausgezahlten Wohngeldbeträgen um 2,3 Prozentpunkte auf 88,8% abnahm, stieg sie bei den Lastenzuschüssen entsprechend an und erreichte 1975 schon 11,2%.

44% aller Lastenzuschußempfänger sind Arbeiter

Die soziale Struktur der Empfänger von Mietzuschüssen unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Lastenzuschußempfänger. Von 1973 bis 1975 ergaben sich nur geringfügige Verschiebungen zwischen den beiden Gruppen. Unter den Mietzuschußempfängern dominieren die Rentner und Pensionäre, deren Quote von 77% im Jahre 1973 auf 72% in den beiden darauffolgenden Jahren sank. Danach folgen Arbeiter, deren Anteil im untersuchten Zeitraum zwischen 7,7 und 9,6% schwankte. Zunehmende Bedeutung erlangte die Gruppe der sonstigen Nichterwerbstätigen; ihr Anteil stieg von 6,7% im Jahre 1973 auf 10,7% bis Ende 1975. Den übrigen Gruppen kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Ende 1975 erreichten die Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge einen Anteil von 5,1%, Angestellte 2,7%, Beamte 0,9% und Selbständige 0,5%. Während 1973 von den gesamten Empfängern von Mietzuschüssen 74% über ein monatliches Familieneinkommen zwischen 200 und 600 DM verfügten, ermäßigte sich deren Quote bis Ende 1975 auf 71%. Der Bewilligung liegt jedoch nicht das Brutto- oder Nettoeinkommen der Antragsteller zugrunde, sondern das nach Berücksichtigung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des Zweiten Wohngeldgesetzes ermittelte Familieneinkommen, von dem bestimmte Beträge abgesetzt sind.

Bei den Lastenzuschußempfängern bilden die Arbeiter die größte Gruppe; ihr Anteil schwankte von

1973 bis 1975 zwischen 47 und 44%. Rentner und Pensionäre erreichten Ende 1975 eine Quote von 32%, das sind 3 Prozentpunkte mehr als zwei Jahre zuvor. Ende 1975 entfielen auf die übrigen Gruppen folgende Anteile: Angestellte 8,7%, sonstige Nichterwerbstätige 5,8%, Beamte 5,7%, Selbständige 3,8% und Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge 0,5%.

Nicht nur der durchschnittlich je Empfänger ausgezahlte Betrag des Lastenzuschusses ist höher als die durchschnittliche Höhe des Mietzuschusses, die Empfänger von Lastenzuschüssen bezogen auch ein im Schnitt deutlich höheres monatliches Familieneinkommen als die Mietzuschußempfänger. Verfügten 1973 rund 67% der Lastenzuschußempfänger über ein monatliches Familieneinkommen von mehr als 800 DM, so erhöhte sich ihr Anteil 1974 auf 70%, um 1975 auf 64% abzufallen. Ähnlich entwickelten sich die Quoten dieser Einkommensgruppe bei den Empfängern von Mietzuschüssen. Verfügten Ende 1973 erst 11% von diesen über ein Familieneinkommen von mehr als 800 DM, so waren es im darauffolgenden Jahr 13, Ende 1975 nur mehr 12%. Diese Entwicklung dürfte nicht zuletzt mit der wirtschaftlichen Rezession zusammenhängen, von welcher das Jahr 1975 geprägt war. Aufgrund der höheren Zahl an Arbeitslosen vergrößerte sich der Kreis der Anspruchsberichtigten; außerdem mußte ein Teil der Wohngeldempfänger einen Rückgang des Familieneinkommens hinnehmen.

Sieben Zehntel der Wohngeldempfänger wohnen in Neubauwohnungen

Eine Gliederung des benutzten Wohnraumes der Wohngeldempfänger nach Baualter, Ausstattung und Größe läßt erkennen, daß seit 1973 nur sehr geringe Veränderungen eingetreten sind. Die folgenden Ausführungen berücksichtigen deshalb nur die zum 31. Dezember 1975 ermittelten Daten. Danach ergab sich für die Wohnungen der Lastenzuschußempfänger eine erheblich günstigere Altersstruktur als für die der Mietzuschußempfänger. Während von den Lastenzuschußempfängern nur 16% in sogenannten Altbauwohnungen lebten, die bis 1948 bezugsfertig

geworden waren, verfügte mit 27% mehr als ein Viertel über Wohnungen, die erst 1972 oder später fertiggestellt worden sind. Von den Mietzuschußempfängern lebten dagegen rund 19 500 oder mehr als drei Zehntel in Altbauwohnungen und nur 13% in den ab 1972 bezugsfertigen Wohnungen. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß sich nach dem Ergebnis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in Rheinland-Pfalz insgesamt 57% aller Wohnungen in Gebäuden befanden, die vor 1949 erbaut worden waren.

Auch hinsichtlich der Ausstattung der Wohnungen mit sanitären Einrichtungen und Sammelheizung ergeben sich bei den Lastenzuschußempfängern, bedingt vor allem durch den hohen Anteil an Neubauwohnungen, günstigere Verhältnisse als bei den Mietzuschußempfängern. So hatten mehr als zwei Drittel der Lastenzuschußempfänger eine Wohnung mit Sammelheizung sowie Bad oder Duschraum, was die den heutigen Ansprüchen angemessene höchste Ausstattungsstufe darstellt. Der Anteil der Wohnungen entweder mit Sammelheizung oder mit Bad bzw. Duschraum erreichte 29%; die restlichen 3,7% wiesen weder Sammelheizung noch Bad oder Duschraum auf. Bei den Mietzuschußempfängern hatten nur reichlich zwei Fünftel der Wohnungen die höchste Ausstattungsstufe auf-

zuweisen, während in ebenso vielen nur Sammelheizung oder Bad bzw. Duschraum installiert war. 17% dieser Wohnungen waren weder mit Sammelheizung noch mit Bad oder Duschraum ausgestattet. Auch hierzu sei auf das Ergebnis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 hingewiesen. Danach wurde in Rheinland-Pfalz für fast ein Viertel aller Wohnungen die höchste Ausstattungsstufe mit Sammelheizung, Bad und WC ermittelt, weitere 38% wiesen Bad und WC, aber keine Sammelheizung auf, 10% nur WC und die übrigen 28% waren einfache Wohnungen.

Im untersuchten Zeitraum von 1973 bis 1975 wurde beobachtet, daß für Lastenzuschußempfänger im Durchschnitt erheblich höhere Wohnflächen zur Verfügung standen als für Mietzuschußempfänger. Unter den Beziehern von Mietzuschüssen dominierten freilich die Haushalte, welche nur eine oder zwei Personen aufzuweisen hatten; ihr Anteil lag 1973 bei acht Zehntel und veränderte sich in den beiden folgenden Jahren kaum. Hingegen erreichten bei den Beziehern von Lastenzuschüssen die Haushalte mit vier bzw. fünf Personen die höchsten Quoten, welche jeweils rund ein Fünftel ausmachten. Im Unterschied zur großen Zahl alleinstehender Rentner, die Mietzuschüsse erhalten, befinden

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, Haushaltsgröße und Höhe des Wohngeldes am 31.12.1975

Monatliches Familieneinkommen Haushaltsgröße	Ins- gesamt	Mit einem Wohngeld in Höhe von ... DM							
		unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 140	140 - 180	180 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß									
unter 200 DM	3 899	91	351	690	944	745	685	276	117
201 - 400 "	26 340	1 273	3 693	6 379	5 694	3 928	3 327	1 215	831
401 - 600 "	18 675	2 107	4 850	4 458	2 638	1 620	1 662	725	615
601 - 800 "	6 709	1 073	1 610	1 790	729	474	593	248	192
801 - 1 000 "	3 014	299	891	482	523	269	309	131	110
1 001 - 1 400 "	3 912	473	862	810	671	422	412	147	115
1 401 - 1 800 "	642	69	140	145	89	81	69	39	10
1 801 und mehr "	40	3	9	9	8	2	7	2	-
1 Person	38 349	3 713	8 571	10 126	7 359	4 468	3 142	748	222
2 Personen	12 939	941	2 403	2 994	2 199	1 631	1 747	717	307
3 "	4 353	293	584	667	669	548	830	456	306
4 "	3 443	250	465	514	571	407	556	338	342
5 "	2 104	118	233	285	288	285	393	216	286
6 "	1 039	47	98	94	134	110	220	136	200
7 und mehr "	1 004	26	52	83	76	92	176	172	327
Insgesamt	63 231	5 388	12 406	14 763	11 296	7 541	7 064	2 783	1 990
Empfänger von Lastenzuschuß									
unter 200 DM	131	8	21	23	30	24	11	11	3
201 - 400 "	656	42	78	128	104	86	113	43	62
401 - 600 "	605	27	66	86	89	83	104	65	85
601 - 800 "	417	19	30	76	40	40	82	51	79
801 - 1 000 "	519	12	52	53	78	73	104	71	76
1 001 - 1 400 "	1 958	99	291	299	346	291	367	145	120
1 401 - 1 800 "	695	52	103	151	98	88	111	60	32
1 801 und mehr "	80	4	14	15	18	11	12	6	-
1 Person	653	55	115	172	136	92	59	17	7
2 Personen	650	41	102	131	111	92	115	46	12
3 "	419	22	63	85	70	58	71	27	23
4 "	1 041	64	194	200	207	149	125	57	45
5 "	967	41	113	149	167	161	213	66	57
6 "	669	28	39	53	70	96	199	115	69
7 und mehr "	662	12	29	41	42	48	122	124	244
Insgesamt	5 061	263	655	831	803	696	904	452	457

Wohngeldempfänger in den Verwaltungsbezirken Ende Dezember 1973 - 1975

Verwaltungsbezirk	Mietzuschuß						Lastenzuschuß					
	1973	1974	1975	1973	1974	1975	1973	1974	1975	1973	1974	1975
	Anzahl			DM je Fall			Anzahl			DM je Fall		
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 123	3 813	4 036	56	65	68	30	45	39	77	97	89
Landkreise												
Ahrweiler	1 493	2 090	2 058	63	72	71	112	206	182	72	93	91
Altenkirchen (Ww.)	1 134	1 471	1 516	57	68	68	200	366	335	71	89	92
Bad Kreuznach	2 200	2 857	3 016	55	66	67	232	421	374	76	98	99
Bad Kreuznach, St	1 266	1 621	1 703	56	67	69	38	62	51	69	89	98
Birkenfeld	1 130	1 548	1 590	53	61	65	114	283	249	65	82	88
Idar-Oberstein, St	765	1 025	1 048	54	61	65	28	79	62	65	81	79
Cochem-Zell	387	490	477	51	60	59	53	119	94	62	91	78
Mayen-Koblenz	2 747	3 404	3 550	55	64	68	158	308	304	67	83	84
Andernach, St	606	730	808	55	65	70	25	38	29	71	84	86
Mayen, St	959	1 265	952	50	61	60	75	166	155	58	80	81
Neuwied	2 255	3 114	3 143	56	67	69	174	289	239	68	86	97
Neuwied, St	1 237	1 708	1 725	54	66	70	74	117	89	67	91	105
Rhein-Hunsrück-Kreis	693	897	923	56	64	63	72	123	122	77	90	80
Rhein-Lahn-Kreis	1 507	2 005	2 279	51	59	60	67	114	135	72	84	86
Lahnstein, St	411	530	544	47	57	62	11	15	16	68	52	66
Westerwaldkreis	1 270	1 711	1 861	53	64	65	164	329	325	68	76	82
RB Koblenz	17 939	23 400	24 449	55	65	67	1 376	2 603	2 398	71	87	89
Kreisfreie Stadt Trier	1 704	2 503	2 409	60	67	66	31	32	30	67	90	76
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	676	994	1 024	54	66	67	132	309	342	72	102	105
Bitburg-Prüm	659	908	906	55	64	67	146	270	261	71	98	97
Daun	357	544	590	65	72	78	59	119	136	69	106	99
Trier-Saarburg	655	811	876	60	73	73	169	301	259	72	102	106
RB Trier	4 051	5 760	5 805	59	68	68	537	1 031	1 028	71	101	102
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	871	1 121	1 152	56	68	68	18	28	27	62	64	85
Kaiserslautern	2 453	2 723	3 725	62	69	78	26	42	50	81	95	103
Landau i. d. Pfalz	780	957	1 016	57	69	68	68	86	57	72	87	87
Ludwigshafen a. Rhein	3 763	4 853	4 999	56	65	69	13	20	16	74	85	64
Mainz	4 081	4 794	4 856	59	67	70	27	53	39	76	88	83
Neustadt a. d. Weinstr.	1 019	1 194	1 344	49	61	67	21	34	30	41	80	97
Pirmasens	876	1 508	1 413	50	62	62	8	25	10	67	100	143
Speyer	1 018	1 303	1 354	60	74	84	17	41	26	66	92	87
Worms	1 975	2 689	2 889	55	65	67	47	107	99	59	89	86
Zweibrücken	596	849	1 025	53	61	63	12	31	32	45	83	83
Landkreise												
Alzey-Worms	596	714	741	55	64	67	81	128	114	75	83	96
Bad Dürkheim	919	1 126	1 268	57	68	69	76	136	109	68	84	84
Donnersbergkreis	499	712	743	54	68	73	87	170	171	70	99	102
Germersheim	515	636	736	61	73	74	55	51	50	67	70	81
Kaiserslautern	599	741	724	53	63	66	53	110	95	72	85	98
Kusel	396	516	542	51	62	64	91	182	188	64	90	97
Landau-Bad Bergzabern	550	747	818	54	62	67	93	155	129	79	99	109
Ludwigshafen	852	1 105	1 052	58	69	71	78	117	85	70	90	87
Mainz-Bingen	1 522	1 990	1 933	55	66	66	89	172	148	68	93	95
Bingen, St	616	796	772	54	67	64	12	23	23	61	86	101
Ingelheim am Rhein, St	169	230	209	52	63	56	9	16	13	58	108	92
Pirmasens	453	575	647	57	63	69	89	157	160	71	87	91
RB Rheinhessen-Pfalz	24 333	30 853	32 977	56	66	70	1 049	1 845	1 635	69	89	94
Rheinland-Pfalz	46 323	60 013	63 231	56	66	69	2 962	5 479	5 061	70	90	93
Kreisfreie Städte	22 259	28 307	30 218	57	66	70	318	544	455	67	88	88
Landkreise	24 064	31 706	33 013	56	66	67	2 644	4 935	4 606	71	91	94

Empfänger von Wohngeld nach Wohnungsgröße Ende Dezember 1973 - 1975

Jahr	Ins-gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von ... qm										120 und mehr
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 100	100 - 120		
	Anzahl	%										
Empfänger von Mietzuschuß												
1973	41 440	5,9	7,0	14,9	20,9	20,4	12,3	8,0	7,9	2,0	0,7	
1974	52 844	6,1	6,5	13,0	18,8	19,7	13,4	9,2	9,7	2,6	1,0	
1975	54 143	6,0	6,7	12,6	18,3	20,0	13,8	9,3	9,7	2,6	1,0	
Empfänger von Lastenzuschuß												
1973	2 616	0,0	0,2	0,5	1,6	4,1	5,3	7,6	22,5	26,5	31,7	
1974	5 479	-	0,1	0,5	1,5	3,2	5,7	7,8	23,3	26,9	31,0	
1975	5 061	0,1	0,1	0,6	1,8	3,5	6,1	8,2	23,7	25,4	30,5	

1) Nur Haushalte ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche (§ 8 Abs. 2, 2, WGG).

sich unter den Lastenzuschußempfängern oft jüngere Familien mit mehreren Kindern.

Von den Eipersonenhaushalten unter den Mietzuschußempfängern konnten rund acht Zehntel eine Wohnfläche von mehr als 30 qm in Anspruch nehmen. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte, welcher mindestens 40 qm Wohnfläche nutzte, schwankte zwischen 93 und 94%. Die Wohnverhältnisse größerer Familien müssen teilweise als ziemlich beengt angesehen werden. Von den Haushalten mit fünf Personen mußten sich 1973 noch 7,2% mit einer Wohnung begnügen, die weniger als 60 qm umfaßte, 1974 waren es 5,3 und im Jahr darauf 6,9%. Noch ungünstigere Wohnverhältnisse waren teilweise bei den Haushalten mit sieben und mehr Personen anzutreffen. In den Jahren 1973 und 1974 stand jeweils 11% von ihnen nur eine Wohnfläche unter 70 qm zur Verfügung, 1975 erhöhte sich die Quote sogar auf 14%. Unter den Lastenzuschußempfängern verfügten 1973 von den Haushalten mit vier Personen knapp neun Zehntel über eine Wohnfläche von mindestens 80 qm, der gleiche Anteil konnte auch in den beiden folgenden Jahren ermittelt werden. Für Haushalte mit fünf Personen belief sich die Quote durchgehend auf 92%.

Monatlicher Wohngeldanspruch auf 70 DM gestiegen

Im untersuchten Zeitraum erhöhte sich der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 57 auf 70 DM. Für Haushalte mit Anspruch auf Mietzuschuß ergab sich eine Steigerung um 13 auf 69 DM, für solche mit Anspruch auf Lastenzuschuß um 23 auf 93 DM. Erhielten von den Mietzuschußempfängern im Jahre 1973 nur 39% monatlich mehr als 60 DM, so waren es mit Wirksamwerden der Neufassung des Zweiten Wohngeldgesetzes 48 bzw. 49% (1975). Von den Lastenzuschußempfängern 1973 bekamen 22% mehr als 100 DM monatlich, in den Folgejahren jeweils 36%. Ende 1975 empfingen von den Mietzuschußempfängern rund drei Zehntel ein

Wohngeld von weniger als 40 DM, reichlich vier Zehntel kamen auf 40 bis 80 DM und die restlichen drei Zehntel auf mehr als 80 DM. Zum gleichen Zeitpunkt bekam von den Lastenzuschußempfängern nur knapp ein Fünftel weniger als 40 DM, für rund ein Drittel waren es 40 bis 80 DM und für fast die Hälfte mehr als 80 DM.

Die Wohngeldhöhe wird nicht unerheblich auch von der Personenzahl des Haushalts beeinflußt. In den Jahren 1973 bis 1975 konnte beobachtet werden, daß von den Mietzuschußempfängern vorwiegend Ein- und Zweipersonenhaushalte monatlich weniger als 40 DM Wohngeld erhielten. Mit zunehmender Personenzahl der Haushalte zeigt die Quote der Empfänger eines geringen Wohngeldes deutlich abnehmende Tendenz. Bei den Lastenzuschußempfängern waren es die Haushalte mit fünf und mehr Personen, von denen ein erheblicher Anteil mehr als 100 DM Wohngeld zugesprochen bekam; 1973 belief sich deren Quote auf 32%, 1974 auf 51 und 1975 auf 53%.

Belastungsgrad des Nettoeinkommens besonders durch Lastenzuschüsse erheblich vermindert

Für den untersuchten Zeitraum konnte festgestellt werden, daß es in allen drei Jahren gelang, den durchschnittlichen Belastungsgrad der Einkommen erheblich zu vermindern. 1973 befanden sich unter den Hauptmieterhaushalten mit Mietzuschüssen vor der Gewährung von Wohngeld nicht weniger als 54%, die einen Einkommensbelastungsgrad von mehr als einem Viertel hatten, nachher jedoch nur noch 11%. 1974 beliefen sich die entsprechenden Quoten auf 48% bzw. 12% und 1975 auf 48% bzw. 11%. Die Auswirkungen, welche sich für Haushalte ergaben, die Lastenzuschüsse empfingen, fielen noch günstiger aus. 1973 hatten 30% einen Einkommensbelastungsgrad von über einem Viertel, nachher jedoch nur noch 3,8%; 1974 waren es 44 bzw. 4,8% und im Jahr darauf 42 bzw. 4,7%.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976		
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 696	3 678	3 674	3 671	3 668	3 654
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 037	2 140	2 223	1 949	1 493	2 353 ^p	2 173 ^p	1 969 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	7,0	7,4	6,2	4,9	7,6 ^p	7,2 ^p	6,2 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 990	2 865	2 722	2 818	2 563	2 959 ^p	3 013 ^p	2 641 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,3	9,0	9,0	8,5	9,5 ^p	10,0 ^p	8,5 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 624	3 745	3 314	3 805	3 797	3 456 ^p	3 242 ^p	3 324 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,2	11,0	12,2	12,6	11,1 ^p	10,8 ^p	10,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	67	61	61	60	49	63 ^p	46 ^p	47 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	22,3	21,3	21,7	20,7	18,5	21,1 ^p	15,7 ^p	16,8 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw.									
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 634	- 881	- 592	- 987	- 1 234	- 499 ^p	- 232 ^p	- 682 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,9	- 2,0	- 3,2	- 4,1	- 1,6 ^p	- 0,8 ^p	- 2,2 ^p
Wanderungen									
über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	8 520	7 189	8 058	9 399	6 403	7 952
Ausländer	Anzahl	2 603	1 696	2 117	1 592	1 863
Erwerbspersonen	Anzahl	4 601	3 755	4 266	4 546	3 264	3 961
* Fortgezogene	Anzahl	8 947	8 165	9 451	10 940	8 200	8 691
Ausländer	Anzahl	2 788	2 466	2 986	2 867	2 591	2 280
Erwerbspersonen	Anzahl	5 302	4 694	5 535	5 809	4 582	4 675
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 427	- 977	- 1 393	- 1 541	- 1 797	- 739
Ausländer	Anzahl	- 185	- 770	- 1 077	- 750	- 999	- 417
Erwerbspersonen	Anzahl	- 701	- 940	- 1 269	- 1 263	- 1 318	- 714
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 936	10 243	10 748	12 405	9 914	11 967
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	36 277	67 214	62 412	65 239	68 010	55 608	52 795	54 305
* Männer	Anzahl	22 407	43 046	37 844	39 161	41 246	29 550	27 306	27 295
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	570	1 066	740	711	683	725	652	575
Bauberufe	Anzahl	4 045	6 885	4 915	4 878	5 370	2 699	2 529	2 560
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	15 979	29 673	26 638	27 230	28 687	19 459	18 172	18 067
Arbeitslosenquote	%	2,8	5,1	4,8	5,0	5,2	4,2	4,0	4,1
Offene Stellen	Anzahl	14 621	11 158	10 914	10 398	8 622	12 697	11 397	10 930
Männer	Anzahl	8 433	5 924	6 101	5 879	4 878	7 493	7 020	6 889
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	244	233	442	175	175	287	353	253
Bauberufe	Anzahl	767	765	1 108	1 142	617	1 044	1 108	915
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	5 339	3 764	3 710	3 623	2 986	5 423	4 819	4 698
Kurzarbeiter	Anzahl	14 856	33 266	29 333	29 267	32 888	2 144	2 915	5 755
Männer	Anzahl	9 640	24 672	21 509	20 650	25 326	1 495	2 035	4 136
Landwirtschaft									
Viehbestand									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	675
* Milchkühe	1 000	242	239
* Schweine	1 000	713	677	.	.	.	719	.	.
Mastschweine	1 000	240	224	.	.	.	211	.	.
* Zuchtsauen	1 000	70	73	.	.	.	81	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	47	.	.	.	52	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren									
* Rinder	Anzahl	17 563	16 581	16 543	16 802	16 846	17 256	17 405	16 920
* Kälber	Anzahl	1 052	826	762	656	653	671	676	678
* Schweine	Anzahl	92 202	91 212	90 136	84 851	89 886	85 182	83 584	89 227
* Hausschlachtungen	Anzahl	17 633	16 573	11 150	13 779	25 289	6 978	9 863	11 544
Schlachtmengen 6)									
* Rinder	t	12 797	12 238	12 010	11 678	12 197	11 865	11 790	12 150
* Kälber	t	5 072	4 750	4 672	4 681	4 694	4 901	4 873	4 750
* Schweine	t	1 102	76	71	62	63	66	68	71
	t	7 584	7 360	7 211	6 873	7 371	6 840	6 788	7 260
Geflügel									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	122	102	85	81	35	64	83	55
* Geflügelfleisch 8)	t	96	104	85	103	87	76	109	78
Milch									
* Milcherzeugung	1 000 t	78	77	71	70	64	75	68	67
* an Molkereien und Händler geliefert	%	84,4	86,5	88,1	88,3	87,6	91,0	91,2	90,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	10,4	9,7	9,3	8,9	10,2	9,5	9,1
									8,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 909	2 780	2 764	2 758	2 751	2 646	2 626	2 624	
* Beschäftigte	1 000	398	374	372	369	368	370	369	368	
* Arbeiter 2)	1 000	289	267	265	263	262	265	265	265	
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	42 799	38 628	40 394	42 156	38 508	35 529	40 702	40 549	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	733	742	701	726	825	776	762	767	
* Löhne	Mill. DM	465	457	436	465	492	495	481	489	
* Gehälter	Mill. DM	268	285	265	261	333	281	282	278	
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	88	67	60	74	68	76	82	86	
* Gasverbrauch 4)	Mill.cbm	95	96	74	102	103	105	106	113	
* Stadt- und Kokereigas	Mill.cbm	2	1	1	1	1	1	1	1	
* Erd- und Erdölgas	Mill.cbm	93	95	73	101	102	104	105	112	
* Heizölverbrauch	1 000 t	190	186	179	217	230	167	177	213	
* leichtes Heizöl	1 000 t	32	31	23	31	35	20	23	29	
* schweres Heizöl	1 000 t	158	155	156	186	195	147	154	184	
* Stromverbrauch	Mill.kWh	917	824	862	882	866	882	910	940	
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	293	252	244	270	280	240	248	274	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 630	3 557	3 828	3 969	3 645	3 670	4 154	4 125	
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 065	1 017	1 080	986	951	1 013	1 130	1 192	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamte Industrie	1970 = 100	121	113	118	118	128	109	124	130	
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	122	115	120	121	132	111	127	132	
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	122	114	119	120	131	110	126	131	
* Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	126	113	123	120	127	116	130	127	
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	100	93	107	106	101	107	118	119	
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	1970 = 100	129	113	124	120	132	117	129	127	
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	121	120	117	117	139	103	121	134	
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen) und Datenverarbeitung	1970 = 100	124	115	100	108	127	100	100	130	
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	111	106	109	114	123	100	120	124	
Schuhindustrie	1970 = 100	72	68	78	73	68	71	75	72	
* Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1970 = 100	125	124	131	142	141	117	134	156	
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	109	97	107	99	108	95	110	115	
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	94	93	95	.	.	.	99	.	
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	142	144	146	.	.	.	151	.	
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	226	240	209	258	280	148	183	249	
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 650	1 544	1 490	1 738	1 681	1 636	1 728	1 773	
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	630	582	533	710	661	620	660	679	
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 231	1 187	1 150	1 266	1 280	1 149	1 234	1 322	
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Gasbezug 4)	Mill. cbm	141	150	96	166	189	123	143	180	
Gasverbrauch	Mill. cbm	141	150	96	164	189	120	137	169	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	79 639	71 102	72 337	70 169	69 378	69 343	69 450	69 005	
Facharbeiter	Anzahl	44 458	40 440	41 363	39 846	39 312	39 162	39 235	39 032	
Fachwerker und Werker	Anzahl	20 312	16 648	17 176	16 731	16 521	16 941	16 854	16 555	
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 151	9 778	11 184	11 359	9 926	8 845	10 222	10 181	
Privater Bau	1 000	6 407	5 566	6 312	6 562	5 769	5 226	6 125	6 035	
Wohnungsbau	1 000	4 361	3 765	4 305	4 526	4 005	3 353	4 134	4 043	
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	82	93	135	153	86	88	64	77	
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 964	1 708	1 872	1 883	1 678	1 785	1 927	1 989	
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 744	4 212	4 872	4 797	4 157	3 619	4 097	4 146	
Hochbau	1 000	1 105	1 004	1 159	1 069	963	828	923	953	
Tiefbau	1 000	3 639	3 268	3 713	3 728	3 194	2 791	3 174	3 193	
Straßenbau	1 000	1 727	1 481	1 764	1 774	1 498	1 297	1 551	1 566	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	138	130	143	149	137	143	147	150	
* Löhne	Mill. DM	122	115	128	134	120	126	131	134	
* Gehälter	Mill. DM	16	15	15	15	17	17	16	19	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	381	362	408	421	420	321	370	383	

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenbriketts = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8400 kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 090	983	1 110	1 062	1 118	1 106	1 010	1 101	935
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 026	937	1 066	1 012	1 064	1 069	977	1 067	892
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 173	997	1 058	1 09	1 124	1 128	954	1 069	948
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	210	189	201	212	214	226	192	216	194
* Wohnfläche	1 000 qm	194	159	163	181	179	183	152	168	154
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	212	231	313	297	274	199	198	226	211
* Umbauter Raum	1 000 cbm	827	926	1 145	922	1 065	743	609	928	659
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	127	140	187	111	162	118	77	137	81
* Nutzfläche	1 000 qm	148	165	234	167	197	137	119	171	123
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 200	1 788	1 758	2 125	1 959	2 068	1 607	1 723	1 806
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	83	65	89	59	64	96	94	94	...
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	64	43	47	47	31	78	73	71	...
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	19	22	42	12	33	18	21	23	...
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	11	10	12	15	10	26	28	25	...
3 - 6 Monate	Mill. DM	16	17	19	14	13	24	24	19	...
6 - 12 Monate	Mill. DM	24	24	27	22	20	37	38	19	...
über 1 Jahr	Mill. DM	32	14	31	8	21	9	4	31	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 180	1 134	1 050	1 360	1 078	1 207	1 383	1 384	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	49	47	50	55	42	52	63	63	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 131	1 087	999	1 304	1 036	1 155	1 320	1 321	...
* Rohstoffe	Mill. DM	12	11	11	14	10	13	15	15	...
* Halbwaren	Mill. DM	73	63	61	68	61	70	81	83	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 046	1 013	926	1 223	964	1 072	1 225	1 223	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	407	315	315	370	325	365	426	388	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	639	697	612	853	639	707	798	836	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	524	448	487	523	457	449	586	631	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	77	74	75	88	72	86	112	99	...
Dänemark	Mill. DM	21	20	22	24	19	25	29	31	...
Frankreich	Mill. DM	165	145	155	172	151	121	189	201	...
Großbritannien	Mill. DM	68	51	53	54	52	60	66	85	...
Irland	Mill. DM	3	3	3	3	3	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	97	73	88	91	83	58	86	109	...
Niederlande	Mill. DM	95	82	90	91	78	96	101	103	...
Österreich	Mill. DM	41	38	40	45	42	51	52	60	...
Schweiz	Mill. DM	57	41	45	44	39	49	58	58	...
USA und Kanada	Mill. DM	61	51	52	70	51	84	103	65	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	220	303	209	404	259	321	315	319	...
Ostblockländer	Mill. DM	75	82	71	64	78	88	72	50	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	725	688	700	841	692	765	801	864	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	114	114	124	139	105	136	107	130	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	611	574	576	702	587	629	694	734	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	390	367	376	443	361	375	437	476	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	103	87	87	94	96	91	118	127	...
Dänemark	Mill. DM	4	6	6	8	5	6	6	6	...
Frankreich	Mill. DM	115	106	100	132	101	84	125	137	...
Großbritannien	Mill. DM	20	20	18	27	19	20	18	25	...
Irland	Mill. DM	1	1	1	1	1	2	1	1	...
Italien	Mill. DM	61	61	63	82	60	63	62	70	...
Niederlande	Mill. DM	86	87	101	98	80	108	106	110	...
Österreich	Mill. DM	12	14	13	18	16	26	20	18	...
Schweiz	Mill. DM	10	11	9	15	12	13	15	14	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	63	61	64	60	64	66	76	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	157	155	168	222	167	201	185	186	...
Ostblockländer	Mill. DM	22	22	22	22	24	19	16	19	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976		
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober
Einzelhandel									
Beschäftigte	1970 = 100	105,6	104,0	103,9	104,0	104,6	103,7	104,0	104,0 ^p
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	144,0	157,7	155,4	173,6	172,2	151,9	166,0	176,7 ^p
Waren verschiedener Art	1970 = 100	154,7	178,7	161,7	195,3	211,6	176,2	170,9	188,5 ^p
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	144,2	157,6	155,3	165,7	156,2	155,9	160,7	170,6 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	139,0	148,2	141,5	189,2	178,8	107,6	151,0	178,1 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	159,3	162,8	169,6	169,6	198,2	155,5	171,7	193,8 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	150,6	158,7	141,7	156,1	203,0	134,4	149,2	163,2 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	106,9	127,3	136,4	146,9	126,5	115,5	152,2	162,3 ^p
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	114,4	117,9	115,5	128,6	127,2	109,1	119,4	126,7 ^p
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	116,7	120,0	118,0	125,8	118,3	112,6	117,4	124,8 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	107,7	109,1	103,4	137,7	129,7	76,7	106,9	125,2 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	126,2	121,7	125,9	125,7	146,8	112,7	124,1	139,7 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	122,2	122,7	108,7	119,6	155,7	102,0	113,4	124,0 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	86,1	95,6	101,8	109,3	93,8	83,2	109,9	116,7 ^p
									111,1 ^p
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1970 = 100	99,5	98,6	103,1	99,8	93,0	101,9	100,3	97,0 ^p
Teilbeschäftigte	1970 = 100	118,7	121,8	131,2	120,0	110,4	131,9	129,4	115,9 ^p
* Umsatz	1970 = 100	120,6	127,1	153,7	145,8	106,0	153,6	159,6	156,3 ^p
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	124,3	135,6	188,4	165,7	99,9	186,0	189,8	184,8 ^p
Gaststättengewerbe	1970 = 100	117,7	120,6	128,2	131,2	110,4	129,7	137,3	135,2 ^p
									109,0 ^p
Fremdenverkehr									
in 288 Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	257	275	464	415	171	430	479	449
* Ausländer	1 000	45	53	84	50	19	123	95	56
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 004	1 088	1 747	1 350	590	1 879	1 792	1 419
* Ausländer	1 000	112	149	220	124	44	382	246	145
									585
									45
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
* Güterempfang	1 000 t	1 547	1 441	1 673	1 433	1 577	1 661	1 664	1 527
* Güterversand	1 000 t	1 322	1 246	1 559	1 489	1 308	1 293	1 391	1 336
									1 441
Straßenverkehr									
Anzahl									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 242	11 129	11 969	12 707	9 634	7 946	12 090	11 470
Krafträder und Motorroller	Anzahl	188	253	197	133	86	262	171	99
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	8 045	9 964	10 811	11 604	8 802	7 001	11 001	10 444
Lastkraftwagen	Anzahl	425	420	508	507	438	378	535	506
Zugmaschinen	Anzahl	363	424	387	393	241	258	326	368
									361
Straßenverkehrsunfälle									
Anzahl	6 772	6 906	7 476	7 584	7 576	6 910	7 883	8 497	7 890
Anzahl									
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 672	1 726	1 954	1 815	1 707	1 956	1 902	1 987
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	5 100	5 180	5 522	5 769	5 869	4 954	5 981	6 510
Verunglückte Personen	Anzahl	2 397	2 487	2 822	2 538	2 438	2 908	2 661	2 859
* Getötete	Anzahl	80	80	101	86	77	83	95	91
Pkw-Insassen	Anzahl	39	42	54	40	48	44	53	40
Fußgänger	Anzahl	23	19	16	20	20	11	16	27
* Verletzte	Anzahl	2 317	2 407	2 721	2 452	2 361	2 825	2 566	2 768
Pkw-Insassen	Anzahl	1 429	1 470	1 552	1 480	1 580	1 535	1 419	1 626
Fußgänger	Anzahl	292	280	271	233	301	222	260	302
Schwerverletzte	Anzahl	770	758	842	792	769	916	797	903
Pkw-Insassen	Anzahl	422	402	436	417	453	452	395	467
Fußgänger	Anzahl	142	129	119	129	163	97	113	139
									145

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	32 378	35 078	33 974	34 540	34 860	37 298	37 773	37 843	38 284
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	32 122	34 653	33 614	34 141	34 457	36 781	37 202	37 264	37 662
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 949	27 654	26 923	27 301	27 541	29 223	29 613	29 668	29 949
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 173	6 999	6 691	6 840	6 916	7 558	7 589	7 595	7 713
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 116	7 974	7 977	8 029	8 025	7 954	8 229	8 053	8 130
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 838	7 636	7 637	7 706	7 712	7 633	7 882	7 735	7 820
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	278	337	341	323	313	321	348	318	310
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 536	3 658	3 535	3 569	3 629	3 983	3 961	3 923	4 066
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 853	2 824	2 811	2 792	2 825	3 154	3 192	3 218	3 287
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	683	834	724	777	804	829	769	705	778
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	20 470	23 022	22 102	22 543	22 803	24 843	25 012	25 287	25 466
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	15 258	17 194	16 475	16 803	17 004	18 436	18 540	18 715	18 841
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 212	5 828	5 626	5 741	5 798	6 408	6 472	6 572	6 624
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	27 652	31 445	29 309	29 505	30 227	32 725	32 554	32 810	33 769
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 082	4 902	4 615	4 626	5 189	5 219	5 031	5 124	5 835
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 707	4 471	4 328	4 178	4 748	4 857	4 674	4 666	5 318
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	375	430	286	448	441	362	357	457	517
Termingelder	Mill. DM	7 166	6 356	6 006	5 991	5 937	6 605	6 584	6 614	6 671
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 750	5 238	4 745	4 873	4 924	5 231	5 273	5 497	5 379
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 417	1 118	1 261	1 118	1 013	1 375	1 311	1 118	1 292
* Spareinlagen	Mill. DM	16 406	20 188	18 688	18 888	19 102	20 901	20 939	21 072	21 264
* bei Sparkassen	Mill. DM	9 847	11 758	10 918	11 017	11 128	12 187	12 199	12 261	12 361
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	884	1 140	975	977	881	929	857	905	1 012
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	745	827	815	777	667	813	822	773	839
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	31	40	32	49	58	38	28	36	40
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	24 823	27 070	18 020	55 978	15 300	21 310	6 682	16 246	72 942
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	2	2	3	-	1	3	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 738	1 274	1 240	1 349	1 124	1 059	1 143	1 173	944
* Wechselsumme	1 000 DM	6 977	6 030	7 113	6 268	5 097	5 824	4 917	4 626	3 964
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	674 043	691 366	803 866	544 700	711 908	765 081	968 478	562 899	740 823
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	477 786	478 176	618 834	332 532	478 191	550 039	745 863	346 409	510 924
* Lohnsteuer ⁵⁾	1 000 DM	309 591	307 542	249 396	263 967	419 202	448 975	289 561	299 932	466 717
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	48 692	51 829	-	-	155 105	149 194	-	-	172 356
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 011	114 056	310 581	51 498	29 872	248	316 380	38 484	27 820
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 522	8 831	3 428	3 140	3 732	58 313	- 936	1 342	1 859
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	54 662	47 746	55 429	13 927	25 385	42 503	140 858	6 651	14 528
Einnahmen aus der Körperschaftssteuerzerlegung	1 000 DM	6 416	8 491	-	-	25 056	30 222	-	-	12 662
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	196 257	213 190	185 032	212 168	233 717	215 042	222 615	216 490	229 899
* Umsatzsteuer	1 000 DM	134 388	150 930	133 384	156 624	166 219	150 074	142 630	154 760	163 760
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	61 869	62 261	51 648	55 544	67 498	64 968	79 985	61 730	66 139
* Bundessteuern	1 000 DM	95 256	92 095	74 103	88 051	81 865	80 856	81 748	88 609	90 328
* Zölle	1 000 DM	7 057	8 001	6 811	7 377	7 085	9 973	8 561	7 465	7 001
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	78 046	79 508	60 620	76 286	70 410	67 704	66 925	76 929	79 919
* Landessteuern	1 000 DM	47 872	50 390	53 712	43 601	59 377	72 093	42 201	48 277	70 018
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 917	10 942	11 500	1 905	23 901	30 494	2 990	4 867	32 643
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 077	26 973	26 281	28 325	23 117	26 925	25 708	27 165	22 520
* Biersteuer	1 000 DM	6 168	6 152	7 495	6 509	6 097	8 372	7 058	6 656	6 391
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	352 175	341 325	361 597	-	-	-	410 526	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 370	8 559	12 105	-	-	-	11 056	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	39 194	49 522	62 791	-	-	-	75 277	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	255 166	229 260	232 615	-	-	-	263 835	-	-
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	21 916	22 745	22 482	-	-	-	23 726	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	19 030	21 975	21 888	-	-	-	26 304	-	-

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zugsentschreibungen. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierjahresdurchschnitte bzw. Vierteljahrssummen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976		
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften									
• Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	446 346	462 189	462 937	416 980	451 056	478 585	566 010	432 340
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 871	209 576	270 219	144 183	207 660	243 575	330 515	149 515
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	124 979	145 506	118 496	144 809	159 516	148 382	153 607	149 382
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	119	39 937	2 015	5 772	140	44 834
• Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	367 272	359 283	400 073	309 621	365 847	408 558	439 441	334 211
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 573	208 934	270 219	142 179	206 796	242 644	329 859	149 283
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 587	84 945	76 023	83 904	97 659	88 049	67 241	91 817
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	119	39 937	2 015	5 772	140	44 834
• Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	433 467	432 664	446 769	•	•	•	507 775	•
• Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	158 493	143 527	145 988	•	•	•	167 611	•
• Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 966	177 071	171 799	•	•	•	193 472	•
Preise									
• Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	127,1	134,7	135,9	136,3	136,7	141,4	141,4	141,5
• Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	123,6	130,1	130,5	130,6	130,9	137,5	136,4	136,2
• Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	135,6	138,9	•	•	139,4	145,0	•	•
Löhne und Gehälter									
Arbeiter									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttostundenverdienste	DM	377	397	•	402	•	•	•	343
• Männliche Arbeiter	DM	407	425	•	430	•	•	•	475
• Facharbeiter	DM	432	451	•	455	•	•	•	500
Angelernte Arbeiter	DM	393	406	•	412	•	•	•	458
Hilfsarbeiter	DM	338	349	•	355	•	•	•	394
• Weibliche Arbeiter	DM	258	279	•	283	•	•	•	310
• Hilfsarbeiter	DM	246	266	•	272	•	•	•	299
Bruttostundenverdienste	DM	8,91	9,59	•	9,70	•	•	•	10,42
• Männliche Arbeiter	DM	9,48	10,15	•	10,26	•	•	•	11,02
• Facharbeiter	DM	10,01	10,71	•	10,82	•	•	•	11,63
Angelernte Arbeiter	DM	9,18	9,78	•	9,89	•	•	•	10,58
Hilfsarbeiter	DM	7,93	8,36	•	8,44	•	•	•	9,08
• Weibliche Arbeiter	DM	6,54	7,13	•	7,21	•	•	•	7,73
Hilfsarbeiter	DM	6,22	6,81	•	6,89	•	•	•	7,44
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,3	•	41,4	•	•	•	42,5
Männliche Arbeiter	Std.	42,9	41,8	•	41,9	•	•	•	43,1
Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,0	•	39,3	•	•	•	40,1
Angestellte									
Bruttonomaztsverdienste									
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte	DM	1 886	2 037	•	2 062	•	•	•	2 207
männlich	DM	1 668	1 809	•	1 834	•	•	•	1 960
weiblich	DM	2 086	2 238	•	2 268	•	•	•	2 415
Technische Angestellte	DM	1 304	1 423	•	1 440	•	•	•	1 542
männlich	DM	2 431	2 591	•	2 621	•	•	•	2 804
weiblich	DM	2 486	2 655	•	2 685	•	•	•	2 873
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	1 663	1 757	•	1 794	•	•	•	1 901
Kaufmännische Angestellte	DM	2 194	2 369	•	2 396	•	•	•	2 580
männlich	DM	1 939	2 107	•	2 133	•	•	•	2 308
weiblich	DM	2 313	2 485	•	2 513	•	•	•	2 716
Technische Angestellte	DM	1 521	1 665	•	1 685	•	•	•	1 822
männlich	DM	2 474	2 645	•	2 674	•	•	•	2 858
weiblich	DM	2 526	2 698	•	2 727	•	•	•	2 917
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 704	1 856	•	1 887	•	•	•	2 000
Kaufmännische Angestellte	DM	1 498	1 623	•	1 647	•	•	•	1 749
männlich	DM	1 481	1 608	•	1 633	•	•	•	1 734
weiblich	DM	1 889	2 029	•	2 062	•	•	•	2 172
	DM	1 181	1 290	•	1 308	•	•	•	1 395

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054	61 829 ^p	61 773	61 746	61 715	...	34 642 ^p	33 371 ^p	33 186 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	31 439	32 223	40 808	33 963	33 019	38 299 ^p	34 642 ^p	33 371 ^p	33 186 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 198	50 043	50 237	50 004	47 428	52 001 ^p	52 026 ^p	52 623 ^p	47 743 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 626	62 438	61 547	56 693	61 315	60 889 ^p	57 349 ^p	55 301 ^p	56 980 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 428	-12 396	-11 310	- 6 689	-13 887	- 8 888 ^p	- 5 323 ^p	- 2 679 ^p	- 9 237 ^p
Arbeitslose	1 000	582	1 074	1 031	1 005	1 061	945	940	899	944
Männer	1 000	325	623	569	544	565	477	465	436	451
Offene Stellen	1 000	315	236	253	235	210	276	264	233	221
Männer	1 000	190	130	141	135	120	166	162	146	140
Kurzarbeiter	1 000	292	773	541	639	717	83	66	94	140
Männer	1 000	198	538	378	449	507	59	48	67	104
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	26 234	19 805	21 099	.	.	21 875	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	313	313	294	331	330	315	346	339	339
Milcherzeugung	1 000 t	1 792	1 800	1 795	1 581	1 588	1 903	1 784	1 589	1 573
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 144	7 616	7 569	7 561	7 520	7 423	7 462	7 498	7 483
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	870	778	715	801	850	727	733	819	819
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	62 500	61 154	54 400	65 593	68 441	63 576	63 236	74 631	71 919
Auslandsumsatz	Mill. DM	15 097	14 409	12 019	14 880	15 457	14 941	14 806	18 676	17 210
Produktionsindex (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	112	105	91	105	109	99	98	113	120 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	112	105	91	105	109	99	98	114	121 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	110	103	90	104	107	97	96	111	118 ^p
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	1970 = 100	116	102	93	103	106	109	106	115	116 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	107	102	85	104	105	88	88	109	117 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	108	102	87	104	108	92	92	114	126 ^p
Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	114	114	111	112	118	115	112	116	128 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	94	93	104	104	98	94	107	111 ^p
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 988	25 150	21 245	22 429	24 429	24 401	24 643	26 682	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 978	3 539	3 017	3 227	3 677	3 160	3 251	3 259	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 352	1 194	1 241	1 246	1 229	1 191	1 203	1 201	1 202
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	173	149	153	177	184	150	153	171	169
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 280	5 886	5 726	6 401	7 147	5 632	5 785	6 386	6 947
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 924	14 485	15 549	16 435	16 587	19 546	17 184	16 553	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 528	13 341	14 489	15 252	15 246	18 492	16 243	15 595	...
Wohnfläche	1 000 qm	2 977	2 684	2 813	2 975	3 042	3 312	2 883	2 793	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 160	3 494	3 869	4 662	4 766	3 754	3 322	3 242	...
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	34 815	30 654	31 901	33 436	35 305	34 986	30 808	29 746	...
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 215	18 466	15 470	18 496	20 498	21 532	19 249	23 037	22 866
EG-Länder	Mill. DM	8 626	8 045	6 375	8 518	9 179	9 373	8 420	10 512	10 426
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 465	1 406	1 087	1 552	1 529	1 459	1 534	1 881	1 813
Dänemark	Mill. DM	387	386	401	400	427	431	617	572	593
Frankreich	Mill. DM	2 279	2 164	1 481	2 244	2 526	2 845	2 264	2 941	2 889
Großbritannien	Mill. DM	918	841	738	823	934	1 066	836	1 102	1 063
Irland	Mill. DM	61	50	41	53	61	51	55	64	61
Italien	Mill. DM	1 561	1 349	966	1 497	1 555	1 611	1 151	1 667	1 686
Niederlande	Mill. DM	1 956	1 849	1 661	1 949	2 146	1 910	1 964	2 283	2 321
Österreich	Mill. DM	846	819	734	874	952	1 036	1 008	1 195	1 189
Schweiz	Mill. DM	961	797	659	842	873	962	901	1 028	1 047
USA und Kanada	Mill. DM	1 603	1 255	1 000	1 287	1 666	1 592	1 134	1 497	1 517
Entwicklungsänder	Mill. DM	2 676	3 038	2 931	2 895	3 304	3 790	3 348	3 881	3 920
Ostblockländer	Mill. DM	1 323	1 451	1 215	1 332	1 303	1 564	1 413	1 390	1 253

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976		
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	14 978	15 359	13 723	15 733	17 654	18 739	18 041	18 376
EG-Länder	Mill. DM	7 179	7 604	6 520	7 800	8 850	9 025	8 259	8 899
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 326	1 312	1 025	1 353	1 577	1 479	1 451	1 735
Dänemark	Mill. DM	205	232	182	270	284	245	239	316
Frankreich	Mill. DM	1 742	1 846	1 443	1 686	2 043	2 203	1 904	1 989
Großbritannien	Mill. DM	522	578	488	650	697	735	654	751
Irland	Mill. DM	35	56	44	58	70	67	46	62
Italien	Mill. DM	1 248	1 436	1 444	1 417	1 716	1 812	1 587	1 569
Niederlande	Mill. DM	2 102	2 144	1 895	2 365	2 464	2 483	2 379	2 477
Österreich	Mill. DM	293	316	258	355	395	407	368	451
Schweiz	Mill. DM	407	456	354	480	579	570	487	569
USA und Kanada	Mill. DM	1 331	1 332	1 287	1 323	1 275	1 592	1 509	1 434
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 349	3 070	2 982	3 165	3 575	3 939	4 215	3 790
Ostblockländer	Mill. DM	700	721	606	766	928	936	961	947
Einzelhandel									
Umsatz	1970 = 100	136,9	149,2	133,2	145,5	166,6	156,0	141,7 ^P	155,0 ^P
Gastgewerbe									168,4 ^P
Umsatz	1970 = 100	123,7	131,0	147,9	142,0	135,9	155,3	155,6 ^P	147,9 ^P
Geld und Kredit									
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	815	901	847	856	870	943	952	959
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	672	707	677	684	690	733	738	745
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	143	193	170	172	181	210	214	214
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	657	707	654	659	666	712	723	725
Spareinlagen	Mrd. DM	311	376	346	349	353	387	389	389
Steuern									
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 249	14 372	11 951	18 190	12 822	14 190	12 816	20 728
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 311	9 291	6 893	14 133	7 270	8 079	7 827	16 284
Lohnsteuer	Mill. DM	5 997	5 997	5 960	5 995	6 058	7 005	6 796	6 741
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 333	2 233	411	5 975	870	492	444	949
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 326	4 507	4 410	4 044	4 478	4 689	4 610	4 446
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 779	2 977	2 887	2 678	2 886	2 847	2 838	2 598
Bundessteuern	Mill. DM	3 109	3 066	3 014	2 969	3 243	3 202	3 277	3 344
Zölle	Mill. DM	278	271	260	266	309	308	301	310
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 794	2 862	2 842	2 751	3 070	3 025	3 082	3 105
Preise									
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	131,1	138,7	138,6	140,1	140,7	149,0	148,9	149,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	117,6	133,2	132,5	136,1	138,2	144,6	151,2	149,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	129,4	135,5	135,6	136,0	136,1	141,7	142,0	142,3
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	134,1	137,3	137,8	•	•	•	143,1	•
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	135,6	138,9	139,4	•	•	•	145,0	•
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	123,6	126,5	126,9	•	•	•	128,9	•
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	127,1	134,7	135,2	135,9	136,3	140,9	141,4	141,5
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	123,6	130,1	130,6	130,5	130,6	137,1	137,5	136,4
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	129,7	136,3	136,3	137,0	137,6	140,5	140,8	142,6
Wohnungsmiete	1970 = 100	129,1	133,2	134,6	135,0	135,4	140,5	140,7	140,9
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	149,8	165,5	166,2	173,2	176,0	175,6	176,5	177,3
Übriges für die Haushaltungsführung	1970 = 100	123,1	131,0	130,2	130,8	131,9	134,4	135,1	135,7
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	134,9	143,4	143,9	144,8	144,9	151,5	151,6	151,5
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	131,8	141,3	142,2	142,5	143,4	148,5	148,8	149,3
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	123,4	130,8	131,1	132,1	132,6	135,9	136,0	136,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	124,4	129,4	131,1	131,3	131,4	132,6	135,2	135,3

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

Entwicklung des Bauhauptgewerbes auch im November 1976 weiter rückläufig

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe waren im November 1976 rund 67 550 Arbeitskräfte tätig, was gegenüber Oktober einen leichten saisonalen Rückgang um 0,8% bedeutet. Im Vergleich zu November 1975 nahm sich indessen die Beschäftigteneinbuße mit — 2,6% deutlicher aus. Die geleisteten Arbeitsstunden reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1%, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme um 7,8%.

Im Jahre 1976 ist im Vergleich zu 1975 für die Beschäftigtenzahl und die Arbeitsleistung des Bauhauptgewerbes mit Veränderungen von etwa — 6 bzw. — 7% zu rechnen. pe

Zunehmende Preisstabilität im Dezember

Die neuesten Preisermittlungen im Bereich des privaten Verbrauchs ergeben, daß sich die seit September spürbare Preisberuhigung, trotz der größeren Nachfrage vor Weihnachten, im Dezember noch verstärkte. Im Durchschnitt aller erfaßten Waren und Leistungen verzeichnete nur noch jede dritte Position einen mehr oder weniger hohen Preisaufschlag (im Vormonat war es annähernd jede zweite Position). Bemerkenswert ist vor allem die zunehmende Preisstabilität bei Nahrungs- und Genußmitteln. Insbesondere bei Gemüse und Obst häuften sich die Fälle von Preistrückgängen gegenüber dem Vormonat. Besonders auffallend ist der beachtlich hohe Anteil der Artikel im Bereich der Textil- und Lederwaren mit unveränderten Preisen (81%), der in dieser Höhe im Dezember seit 1968 nicht mehr registriert wurde.

Ein Vergleich der jetzigen Preise mit den vor einem Jahr ermittelten ergibt, daß im Landesdurchschnitt vier Fünftel der 230 insgesamt ausgewiesenen wichtigsten Waren und Leistungen 1976 von Preiserhöhungen betroffen wurden, darunter annähernd jede neunte Position mit einer Verteuerungsrate von 10% und mehr. Hierzu gehören von den Nahrungs- und Genußmitteln Frischfisch (+ 12%), Eier (+ 10), Erbsen- und Bohnenkonserven (+ 19), Sauerkraut (+ 24), Bohnenkaffee (+ 20), Kartoffeln (+ 32), Blumenkohl (+ 13), Kopfsalat (+ 35), Tomaten (+ 17) und inländische Äpfel (+ 18%). Weniger als 10% betragen die Verteuerungen u. a. bei Rindfleisch (bis + 3%), Schweinefleisch (+ 4 bis 5), Brathähnchen (+ 6), Vollmilch (+ 2), Butter und Käse (durchschnittlich + 3), ortsüblichem Brot (+ 6), Brötchen (+ 8) und Haferflocken (+ 5%). Preistrückgänge verzeichneten dagegen Margarine (— 5%), Reis und Nudeln (— 2), Speiseerbsen (— 6), Zucker (— 1), Apfelsinen (— 4) und Bananen (— 2%).

Die Preise für Textil- und Lederwaren sowie für Möbel erhöhten sich während der vergangenen zwölf Monate um etwa 4 bis 5%. Weitgehend unter dieser Marke bewegten sich die Preissteigerungen für Gegenstände der Haushaltungsführung, Elektro-, Fernseh- und Rundfunkgeräte sowie Wasch- und Toilettenartikel verzeichneten vielfach sogar leichte Preistrückgänge. Teurer wurden Benzin (+ 3 bis 5%), feste Brennstoffe (+ 5 bis 6), Gas (+ 4), Strom (+ 2), Tageszeitungen (+ 11), Nahverkehr (+ 10), Wassergeld (+ 5), Müllabfuhr (+ 15), Abwasserbeseitigung (+ 12), Wohnungsmieten (je nach Baulter und Finanzierungsart + 2 bis 6) sowie Handwerkerleistungen, wie Besohlen von Herren-Schuhen (+ 5) und Herren-Haarschnitt (+ 9%). wf

Ausweitung des Fremdenverkehrs trotz Rückgang der Kurgastzahlen

Auch im Sommer 1976 setzte sich der positive Entwicklungsverlauf des rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs fort, obwohl in einigen Heilbädern infolge verringriger Kurgastzahlen starke Einbußen zu verzeichnen waren. Die touristische Anziehungskraft des Landes spiegelt sich insbesondere in den Zuwachsrate für ausländische Gäste wider. Zu dieser erfreulichen Entwicklung trug vor allem der Neubau und Ausbau von Ferienzentren an der Mosel und Saar sowie in der Eifel bei. Sie wurde zudem von einem idealen Reisewetter während der Hauptsaison begünstigt.

In den 587 anerkannten und wichtigen Fremdenverkehrsgemeinden des Landes wurden 2,6 Mill. Gäste und 10,6 Mill. Gästeübernachtungen registriert. Die Zuwachsrate für die langfristig vergleichbaren Daten von 288 Fremdenverkehrsgemeinden beliefen sich gegenüber dem Sommerhalbjahr 1975 auf + 7,5% für die Gästzahl und + 3,0% für die Zahl der Übernachtungen. Im Durchschnitt kam jeder 4. Gast aus dem Ausland, jede 6. Übernachtung wurde von einem Ausländer gebucht. Die Daten für die ausländischen Gäste haben sich gegenüber 1975 um je 14% erhöht, während die Zahl der inländischen Gäste um 5,5% und ihre Übernachtungen nur um 0,8% anstiegen, was sich durch die Einbußen bei den Kurgastzahlen erklärt. In den Heilbädern nahm die Zahl der Gäste um 3,5% auf 355 000 zu, die Übernachtungszahl ging jedoch um 4,0% auf knapp 2,8 Mill. zurück.

In der regionalen Gliederung zeigte sich der unterschiedliche Einfluß der Heilbäder auf die Gesamtentwicklung des betreffenden Fremdenverkehrsgebietes besonders deutlich. Während in Rheinhessen und in der Pfalz, wo die Heilbäder eine geringere Bedeutung haben, um 11,7 bzw. 8,2% mehr Übernachtungen als im Sommerhalbjahr 1975 registriert wurden, und auch die Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar (+ 3,2%), Eifel/Ahr (+ 3,0%), Rheintal (+ 2,3%) und Hunsrück/Nahe/Glan (+ 0,8%) in geringem Maße eine Ausweitung ihres Fremdenverkehrs aufwiesen, ging im Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus die Zahl der Übernachtungen um 3,2% zurück. sr

60 Strafgefangene mit lebenslanger Freiheitsstrafe

In Rheinland-Pfalz bestanden am Jahresende 1975 neun Justizvollzugsanstalten mit einer Gesamtbelegungskapazität von rund 3 000 Plätzen. In diesen Anstalten wurden im Laufe des Jahres 1975 20 600 Zugänge und fast gleich viele Abgänge gezählt.

Am 31. März 1976 waren insgesamt 1 960 Strafgefangene, darunter vier Frauen, inhaftiert. 1 652 Gefangene verbüßten eine Freiheitsstrafe, 307 eine Jugendstrafe. Ein Täter befand sich in Sicherungsverwahrung. Der Anteil der 105 eingesessenen nichtdeutschen Straftäter lag etwas über dem des Vorjahrs.

Bei gut der Hälfte der Inhaftierten betrug die voraussichtliche Strafdauer mehr als ein Jahr. Hierunter befanden sich 60 Männer mit lebenslanger Freiheitsstrafe.

Nicht weniger als zwei Drittel der Strafgefangenen waren bereits mit einer Freiheits- oder Jugendstrafe vorbestraft. Bei 90% der mit Freiheitsstrafe Vorbestraften betrug der zeitliche Abstand zwischen letzter Entlassung aus dem Strafvollzug und erneuter Strafverfügung noch keine fünf Jahre. Bei stark der Hälfte dieser Gefangenen belief sich der Abstand sogar auf weniger als zwei Jahre. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 12

kurz + aktuell

Themen der letzten Hefte

Heft 1/Januar 1976

Allgemeinbildende Schulen 1975/76
Allgemeine Sterbetafel 1970/72
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1975
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Industrie 1957 - 1973

Heft 2/Februar 1976

Zahlungsschwierigkeiten 1975
Heilbäder 1951 - 1975
Berufsbildende Schulen 1975/76
Investitionen 1974

Heft 3/März 1976

Preise, Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen 1950 - 1975
Landwirtschaftliche Betriebe 1949 - 1975
Meldepflichtige Krankheiten 1975
Einkommenspyramide 1971
Jugendhilfe-Personal 1974
Grundschema einer Bevölkerungsprognose

Heft 4/April 1976

Weinmosternten 1950 - 1975
Sozialprodukt 1975
Studenten 1975/76
Lehrernachwuchs 1976
Erwerbstätigkeit 1975
Öffentliche Tiefbauaufträge 1975

Heft 5/Mai 1976

Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bis 1990
Industrie 1975
Bauhauptgewerbe 1975

Heft 6/Juni 1976

LIS-Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen („Konjunktur-Datei“)
Kinder und alte Leute im Straßenverkehr 1975
Personal im öffentlichen Dienst 1966 - 1975
Investitionen für Umweltschutz 1971 - 1974

Heft 7/8 / Juli/August 1976

Ernteaussichten für 1976
Schulabgänger 1976
Bevölkerungsentwicklung 1975
Regionale Bevölkerungsprognose
Umsätze 1974
Baulandmarkt 1975
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 1. Teil

Heft 9/September 1976

Landkreis Birkenfeld
Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
Verdienste 1975
Einzelhandel 1970 - 1974
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 2. Teil

Heft 10/Oktober 1976

Strukturverschiebungen der Industrie 1970 - 1976
Hochbautätigkeit 1975
Viehhaltung 1950 - 1975
Infrastrukturdatei des Landesinformationssystems

Heft 11/November 1976

Bundestagswahl 1976
Entwicklungsansichten ausgewählter Bevölkerungsgruppen bis 1990
Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

Heft 12/Dezember 1976

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Investitionen des produzierenden Gewerbes 1975
Straßennetz am 1. Januar 1976

Themen der folgenden Hefte

Allgemeinbildende Schulen 1976/77
Ausländer 1976
Bodenutzung 1976
Fleischpreise und Fleischverbrauch 1950 - 1975
Investitionen des produzierenden Gewerbes für Umweltschutz 1975
Regionale Verteilung der Einzelhandelsumsätze 1974

In Kürze erscheinen:

Verzeichnis

Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1975

Umfang 168 Seiten, Format DIN A 5, Preis DM 8,50

Mit diesem Verzeichnis nach dem Stand vom 31. Dezember 1975 – es beinhaltet die Krankenhäuser, Heilanstanlten sowie die Anstalten und Heime der sozialen Hilfe – wird die Reihe der bisher im Dreijahresturnus erschienenen Broschüre fortgesetzt. Das Verzeichnis ist regional nach Regierungsbezirken und Kreisen gegliedert, wobei die Einrichtungen nach Gemeinden in deren alphabetischer Folge aufgeführt sind.

Statistische Berichte

H / Gemeinde-straßen 1976

Straßennetz am 1. Januar 1976

Teil I, Gesamtergebnisse, Umfang 58 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 5,60

Teil II, Gemeindeergebnisse, Umfang 34 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 4,00

Neben einem Überblick über den Bestand aller öffentlichen Straßen, die dem Kraftfahrzeugverkehr dienen, nach Straßenarten, Deckenarten und Fahrbahnbreiten, enthält der Bericht eine Darstellung der Brücken sowie der öffentlichen Parkeinrichtungen in den Gemeinden über 10 000 Einwohner. Während der Teil I einen Gesamtüberblick verschafft, werden im Teil II Gemeindeergebnisse dargestellt. Im Teil I findet man zudem umfangreiche Erläuterungen über die Grundlagen der Erhebung.

L IV 2

Das Lohnsteuerpflichtige Einkommen in Rheinland - Pfalz und seine Besteuerung 1974

Umfang 45 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 5,00

Die Veröffentlichung enthält die Ergebnisse der in dreijährigem Turnus durchgeföhrten Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1974 und gibt damit detailliert Aufschluß über die Verdienste der abhängig Beschäftigten. Dabei werden die Lohnsteuerpflichtigen mit ihren Bruttolöhnen und der abgeföhrten Lohnsteuer in der Gliederung insbesondere nach Brutto-lohngruppen, Steuerbelastung, Beschäftigungsdauer, Steuerklassen und Verwaltungsbezirken ausgewiesen. Außerdem erfolgt eine Darstellung der von den Arbeitnehmern in Anspruch genommenen steuerfreien Abzugsbeträge und der vermögenswirksamen Leistungen. Um zeitliche Entwicklungstendenzen verfolgen zu können, wurden auch die wichtigsten Ergebnisse der vorangegangenen Lohnsteuerstatistiken in die Veröffentlichung einbezogen.

Ausführliche methodische Vorbemerkungen, die insbesondere die steuerrechtlichen Grundlagen behandeln, ermöglichen eine bessere Beurteilung des Zahlenmaterials.

C I - III

Betriebe, Bodennutzung, Ernte und Viehwirtschaft im Jahre 1976

Umfang 58 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 5,60

Der Bericht enthält die wichtigsten Jahresergebnisse 1976 über die Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe und der Forstbetriebe, die Bodennutzung, die Ernte von Feldfrüchten, Gemüse, Obst und Wein, die Viehbestände im Dezember, die Schlachtungen und Schlachtmengen sowie die Milcherzeugung und -verwendung.

Soweit möglich, geht die regionale Gliederung in den Tabellen bis zu den kreisfreien Städten und Landkreisen, bei den Ergebnissen der Weinmosternte bis zu den Anbaugebieten und Bereichen.

Ferner sind den Ergebnissen aus dem Jahre 1976 Zeitreihen angegliedert, die einen Überblick über die Entwicklung in den letzten 25 Jahren vermitteln.